Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 160. Donnerstag, 12. Juli 1923, abends. 76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Juli 16000.— Mark einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 2000.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 800.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Straße Jahnishausen—Seerhausen in Jahnishausen liegt beim Postamte Riesa vom 18. ab 4 Wochen aus.
Dresden-N. 6, den 9. Juli 1923. **Telegraphenbauamt 2.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 12. Juli 1923.

—* **Vesper in der Trinitatiskirche.** Zu Beginn der Reisezeit findet morgen Freitag, den 13. d. M., abends 8 Uhr eine Vesper in der Trinitatiskirche statt. Die musikalischen Darbietungen dieser sogenannten Reisevesper sind den Psalmenworten untergeordnet „Er führet mich auf rechter Straße um seines Namens willen." Um Schriftverlesung und Gebet gruppieren sich Orgelsätze von Rheinberger, Lieder für Wegefahrt und Reise für Sopran und Chöre zum Lobe des Schöpfers (Männergesangverein „Amphion"). Näheres im Anzeigenteil.

—* **Wohltätigkeitskonzert im Stadtpark.** Auf das am kommenden Sonnabend abend im hiesigen Stadtpark stattfindende volkstümliche Konzert (siehe Anzeige in vorliegender Tageblattnummer) von der hiesigen Hüttenkapelle unter Leitung von Herrn Musikdirektor Mehring sei hiermit besonders hingewiesen. Der Reinertrag soll wohltätigen Zwecken zugute kommen.

—* **Die Leipziger Krystallpalast-Sänger,** hier nicht unbekannte, gern gehörte Gäste, warten morgen abend im Hotel Höpfner mit neuen Darbietungen auf. Wir verweisen auf das diesbezügliche Inserat in vorliegender Nummer.

—* **Parksingen im Stadtpark.** In unserem schönen Stadtpark, der gegenwärtig im Sommerschmuck steht, erfreute gestern abend der Schulchor der Oberrealschule unter der Leitung des Herrn Oberlehrer Schönebaum durch den Gesang einer Anzahl wohlbekannter Volkslieder. Herrlich klangen die Weisen durch die Stille des Abends. Die zahlreich erschienenen Lauscher dankten dem Chor und seinem Leiter herzlich für die dargebotenen Genüsse. — Das am Dienstag abend vom Männergesangverein „Amphion" veranstaltete Parksingen hatte sich ebenfalls guten Zuspruchs zu erfreuen. Recht anzuerkennen wäre es, wenn derartige Liederabende während der schönen Sommerzeit durch einen unserer Gesangvereine ab und zu wiederholt würden. Der Dank vieler wäre ihnen gewiß.

—* **Fahrraddiebstahl.** Am 9. Juli, vermutlich in der Zeit von vorm. 11 bis nachm. ½1 Uhr, ist aus dem Hofraum des Hausgrundstückes Rosenplatz 1, hier, ein fast neues Herrenfahrrad, Marke „Primus", Nr. 114108, schwarzer Rahmenbau, gelber Ledersattel, Torpedofreilauf, Wert 3 Millionen M., gestohlen worden. Am Tatort ist ein Herrenfahrrad, Marke „Hera", schwarzer Rahmenbau, vorderes Schutzblech mit einem größeren Stück Fahrradmantel verlängert, Sattel mit rotbraunem Ueberzug, der an verschiedenen Stellen mit grauem Garn gestopft ist, zurückgeblieben. Offenbar hat der Täter das alte Fahrrad mit dem fast neuen Fahrrad vertauscht. Der Geschädigte hat für die Wiedererlangung des gestohlenen Fahrrades eine größere Belohnung ausgestellt. Sachdienliche Mitteilungen werden vertraulich behandelt und an den hies. Kriminalposten erbeten.

—* **Ausmarsch der Turnfestfahrer.** Bei herrlichstem Sonnenschein, unter flotten Marschweisen und frohem Liederklang geleitete gestern nachmittag eine stattliche Anzahl Turnfreunde und -freundinnen — Erwachsene und Kinder — die Teilnehmer am Münchener deutschen Turnfest aus Riesa und den Nachbarorten durch die mit Flaggen geschmückten Straßen der Stadt nach dem Bahnhof. Die Turner wurden von der Einwohnerschaft freudigst begrüßt und reichlich mit Blumen geschmückt. Der Turner-Sonderzug, der gegen 5 Uhr in Riesa abfuhr, dürfte heute vormittag in der 10. Stunde in München eingetroffen sein.

—* **20. Jahreshauptversammlung des Landesverbandes der Saalinhaber im Freistaat Sachsen in Großenhain.** Nach einer am Montag abend stattgefundenen Sitzung des Vorstandes nahm am Dienstag die Landestagung der Saalinhaber ihren Anfang mit einer im Bergkeller zu Zschieschen abgehaltenen Delegiertensitzung, zu der von 92 Saalbesitzervereinen Delegierte entsendet waren. Der Vorsitzende des Großenhainer Saalbesitzer-Vereins, Herr Aug. Trobisch, entbot den fremden Kollegen herzliche Worte des Willkommens und wünschte der Tagung guten Verlauf und Erfolg zum Nutzen des Gewerbes. Der Landesvorsitzende, Herr Baum-Dresden, dankte für die begrüßenden Worte und wies auf die besondere Wichtigkeit der diesjährigen Landeshauptversammlung hin. Verbandskassierer Fritzsche-Dresden berichtete über den Kassenbestand und betonte, daß eine starke Kräftigung durch Erhöhung der Monatsbeiträge unbedingtes Erfordernis sei. Ueber die Frage des Monatsbeitrages entspann sich eine ausgedehnte Aussprache, da hierbei auch die Interessen der kleinen Saalbesitzer mit in Betracht gezogen werden mußten. Nachdem eine Satzungsänderung (§ 6) Annahme gefunden hatte, einigte man sich einhellig dahin, für den Monat Juli den Verbandsbeitrag auf 6000 Mark festzusetzen. Die Festsetzung der künftigen Monatsbeiträge wird dem geschäftsführenden Landesvorstand überlassen, der sich dabei nach dem Grade der Geldentwertung zu richten hat. Die Saalinhaber in den Großstädten Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen haben einen um 50 Prozent höheren Monatsbeitrag zu entrichten. Interessant war die Mitteilung, daß in Sachsen bereits 300 Tanzsäle eingegangen sind und das Eingehen noch weiterer in Kürze zu erwarten ist. Zum Schluß wurden einige Anträge der Saalinhabervereine Marienberg, Annaberg, Meißen (Bildung eines Dispositionsfonds für den Vorstand) in Vorberatung genommen. — Am Dienstag abend fand im Gesellschaftshaussaale der Begrüßungskommers statt. Die Beteiligung an diesem war eine sehr starke. — Gestern Mitt-

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 186632 Mk.

woch, vormittag 9 Uhr begann im Saale des Reichsadlers die Jahreshauptversammlung der Begräbniskasse und an diese schloß sich die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes der Saalinhaber, die bis in die Nachmittagsstunden dauerte.

—* **Ruhestandsbezüge.** Den im Ruhestand befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Geistlichen (diese, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrern sowie ihren Hinterbliebenen wird auf den Mehrbetrag ihrer Versorgungsgebührnisse, der sich durch die Erhöhung des Versorgungszuschlags von 87 auf 237 Prozent und die entsprechende Erhöhung des örtlichen Sonderzuschlages sowie der Ehefrauenbeihilfe noch für Juli ergibt, eine Abschlagszahlung überwiesen. Dieser Abschlagsbetrag wird voraussichtlich Ende dieser Woche in der üblichen Weise auf den Bankkonten usw. der Versorgungsberechtigten gutgeschrieben werden oder den Beteiligten durch Postbarscheck zugehen.

—* **Gesetz über die Zusammenlegung von Grundstücken.** Dr. Kaiser (DVp.) hat im Landtag folgenden Antrag gestellt: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung um schleunige Vorlegung eines Gesetzes zu ersuchen, wonach die § 2, 3 und 36 des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken vom 23. 7. 1901 und der § 23 des Enteignungsgesetzes vom 24. 6. 1902 dahin abgeändert werden, daß zu 1. bei Durchführung von Eisenbahnen oder Kanälen durch ländliche Fluren der Antrag der Beteiligten auf Zusammenlegung von den Unternehmern gestellt und daß nach diesem Antrag auch gegen den Willen von Grundstückseigentümern und ohne Vornahme einer Abstimmung nach § 2 Abs. a des Gesetzes verfügt werden kann; zu 2. daß als Zeitpunkt für die Feststellung der Entschädigung nicht der Zeitpunkt des Feststellungstermines oder des Enteignungstermines oder der Eröffnung der Enteignungsverordnung, sondern entweder der Tag der Zahlung festgesetzt wird, oder aber die Entschädigung, insbesondere die Nachentschädigungen, die erst nach erfolgter Abänderung festgesetzt werden, auf wertbeständiger Grundlage zu berechnen ist.

—* **Ehemalige sächsische Unteroffizierschüler!** Am 15. Juli findet in unserer alten Schülerstadt Marienberg die Einweihung des Ehrenmals für die im Weltkriege gebliebenen Schüler statt. Am 14. Juli, 8 Uhr abends, ist Begrüßungsfeier im früheren Exerzierhause, am 15. Juli, 9,45 vormittags, Gedächtnisfeier in der Stadtkirche, 11 Uhr vormittags Weihe des Ehrenmals, nachmittags geselliges Beisammensein. Am 16. Juli finden Ausflüge in die Umgebung statt.

— **Wie einen Gruß aus der Heimat** empfindet es jeder Ferienreisende, wenn er sein Heimatblatt in die Hände bekommt. So mancher Erholungsuchende behauptet bei der Abreise, nur seiner Erholung leben zu wollen, um vollständig von seinem alten Wirkungskreis losgelöst zu sein. Aber schon nach den ersten Tagen stellt sich die Sehnsucht nach der Heimat ein; man schreibt an diesen und jenen, fragt, wie es geht, und trifft eine Antwort ein, so ist man hocherfreut, denn wer hätte es gedacht, daß man so starkes Interesse an den Vorgängen in der Heimat nähme. Jedermann, auch die Damen, sollten deshalb das Riesaer Tageblatt für die Dauer des auswärtigen Aufenthalts abonnieren. Zum vollen Genuß gehört das Heimatblatt, das die Fäden mit der Heimat aufrecht erhält und in dieser Zeit der hohen Portokosten und Papierpreise das billigste Bindeglied, der beste Bote ist zwischen Heimat und Fremde.

—* **Arbeitsmarktbericht vom 1.—7. Juli.** Die Berichtswoche stand wie ihre Vorgängerin in dem Zeichen einer weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes. Auch im Bezirk Dresden hat sich die Arbeitsmarktlage wieder etwas günstiger gestaltet. Es läßt sich jedoch nicht voraussagen, ob und wie lange die Besserung des Arbeitsmarktes, wie sie seit nunmehr ungefähr acht Wochen beobachtet ist, noch anhalten wird, denn an einzelnen Orten macht sich infolge der Annäherung der Preise an den Weltmarktpreis bezw. Ueberschreitung desselben bereits ein Mangel an Aufträgen bemerkbar. Hierbei sei bemerkt, daß von Mitte Mai bis Mitte Juni eine Abnahme der Arbeitsuchendenzahl von 81 486 auf 64 621 festzustellen war.

—* **Der Zentralverband der Angestellten** beruft für den 1. September 1923 seinen 4. Sachsentag nach Altenburg (S.-A.) ein. Anschließend findet am 2. September ein großes Gautreffen statt.

— **Die neuen Zwanzigtausendmarkscheine.** Demnächst werden vier weitere Serien der Reichsbanknote zu 20 000 Mark vom 20. Februar 1923 ausgegeben, bei denen für das Wasserzeichen des Papiers folgende weitere Muster verwendet sind: 1. Helle Linien, die ein regelmäßig wiederkehrendes Muster in Form eines Gitterwerks mit einer arabischen Acht als Mittelpunkt darstellen (Serie 3), 2. helle Linien in Form sphärischer Dreiecke bei welchen senkrecht zum kürzesten Schenkel jedes Dreiecks eine kurze Linie in die Fläche des Dreiecks hineinragt (Serie 4), 3. ein aus dunklen ineinander greifenden Linien in Form eines stilisierten lateinischen C gebildetes Muster (Serie 5), 4. helle nebeneinanderlaufende Schlangenlinien mit paarweise einander gegenüberstehenden Windungen (Serie 6). Die Farbe des Papiers ist in jedem Fall weiß.

— **Die Zeit der Sternschnuppen.** Sternschnuppen sind bekanntlich Abbröckelungen von irgend einem Himmelskörper, die sich seit unzähligen Jahren im großen Luftmeer bewegen und schließlich auf ihrer Wanderung der Erdatmosphäre zu nahe kommen, von der Erde angezogen werden und dann mit einer unheimlichen Geschwindigkeit auf die Erde niederfallen. Der außerordentlich große Luftdruck, den der Meteor hervorruft, die Reibung mit der Luft macht ihn glühend und erzeugt den hellen Schein, den man plötzlich auftauchen sieht. Die Zahl der in unsere Erdatmosphäre eindringenden Meteore ist sehr groß, viel größer, als der Laie gewöhnlich annimmt. Ein aufmerksamer Beobachter kann in hellen Nächten in einer Stunde durchschnittlich zehn Meteore und Sternschnuppen zählen. Für den ganzen Erdball berechnet, ergibt das in jeder Stunde an 40 000, in 24 Stunden etwa 10 Millionen Sternschnuppen und Meteore.

—* **Grundstückskäufe durch Ausländer.** Eine amtliche Statistik stellt fest, daß in Dresden seit November 1918 insgesamt 1700 Grundstücke in ausländischen Besitz übergegangen sind.

—* **Ristau Präsident des Landesversicherungsamtes.** Wie der Telaunion-Sachsendienst erfährt, beabsichtigt das Gesamtministerium, den früheren Arbeitsminister Rissau zum Präsidenten des Landesversicherungsamtes zu ernennen.

—* **Landeskulturrat.** In der Dienstagsitzung des Landeskulturrats wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Geheimer Oekonomierat Steiger-Leutewitz an Stelle des verstorbenen Geh. Oekonomierats Andrä zum Vorsitzenden des Landeskulturrats einstimmig gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden Gutsbesitzer Friedrich. In den Verhandlungen wurden u. a. gegen die Milchpreise sehr lebhafte Einwendungen erhoben und gefragt, die Kinder, die Mütter und die Kranken würden es am eigenen Leibe erfahren, wohin die Politik der Regierung führen werde. Geh. Rat Dr. Saka erklärte, daß das Wirtschaftsministerium sich zurzeit zu einer Aufhebung der Milchzwangswirtschaft nicht entschließen könne. Es sei der Meinung, durch die in kurzen Zeitabständen festgesetzten Höchstpreise den berechtigten Ansprüchen der Landwirtschaft genügend Rechnung getragen zu haben. Der Vorsitzende erklärte, daß der Landeskulturrat von dieser Mitteilung der Regierung mit Bedauern Kenntnis nehmen könne. Gutsbesitzer Schmidt erklärte, die sächsischen Verbraucher würden vor einer Katastrophe stehen, wenn nicht umgehend die Höchstpreise aufgehoben würden.

—* **Aus den Landtagsausschüssen.** In gemeinsamer Tagung der Haushaltausschüsse A und B wurde am Mittwoch die Vorlage 48 betr. zweite Nachträge zu dem ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushaltplan, sowie zu dem Staatshaushaltgesetz auf das Rechnungsjahr 1922 im wesentlichen nach den Einstellungen verabschiedet. Bei Kapitel 10, Rücklage, und 21, Zuweisungen, wird das Zahlenwerk den bei einigen Kapiteln vorgenommenen Aenderungen der Einstellungen entsprechend angepaßt. — In dem vom Ausschuß angenommenen Gesetz über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1921 wurde einem Antrage der Regierung entsprechend in das Staatshaushaltgesetz eine Bestimmung aufgenommen, das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts künftig Ministerium für Volksbildung zu nennen.

Frauenhain. Am 1. Juli d. J. konnte der Gasthofsbesitzer Richard Rentzsch sein 25jähriges Geschäftsjubiläum begehen. Bereits am 1. Oktober v. J. waren es 50 Jahre, als der Vater des jetzigen Besitzers den Gasthof Frauenhain in Besitz nahm. Am 1. Juli 1898 übernahm dann Herr Richard Rentzsch von seiner verwitweten Mutter den Gasthof. Im Laufe der vergangenen 25 Jahre hat der Gasthof durch den im Jahre 1906 erfolgten Saalumbau, durch Einführung von elektrischer Beleuchtung und noch andere bauliche Erneuerungen, ein der Neuzeit entsprechendes Gepräge erhalten.

Sornzig. Der 7jährige Gemeindediener und Nachtwächter Schreiber ist in der Nacht zum 9. Juli, in der dritten Stunde, durch Ertrinken im hiesigen Bach tödlich verunglückt. Es wird angenommen, daß sich Sch. auf die am Bach befindliche Mauer gesetzt hat und ihm hierbei ein Unwohlsein oder Schlaf angekommen und hierbei in den tiefer gelegenen Bach gestürzt ist. Selbstmord oder ein an ihm verübtes Verbrechen ist ausgeschlossen.

Meißen. Ein unnatürlicher Vater ist der 41 Jahre alte, aus Siebenlehn gebürtige, in Meißen wohnhafte Schuhmacher, jetzige Gelegenheitsarbeiter Otto Hermann Grätz. Er mußte sich erneut in geheimer Sitzung vor der fünften Strafkammer verantworten, weil er sich wiederum an seinen beiden kleinen Mädchen in unsittlicher Weise vergangen hatte. Wegen derartiger Verbrechen stand Grätz bereits am 17. Februar 1921 vor der Strafkammer und erhielt damals zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus. Am 10. Oktober v. J. wurde er aber mit fünfjähriger Bewährungsfrist aus dem Zuchthause Waldheim entlassen. Auf drei Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in der Dauer von fünf Jahren lautete diesmal das Urteil.

Freiberg. In dem Fabrikgrundstück Berthelsdorfer Straße 83 brach Dienstag nachmittag Feuer aus, dem im Verlauf von zwei Stunden das Fabrik- und Kontorgebäude zum Opfer fiel. In dem Grundstück befindet sich die Pechfabrik von Kanis. Der Brand soll entstanden sein durch einen Defekt an einem Siedekessel. Das durch das siedende Oel genährte Feuer griff rasend schnell um sich, sodaß die Arbeiter nur darauf bedacht sein mußten, sich selbst in Sicherheit zu bringen. Nach zwei Stunden war das Fabrikgebäude und ebenso das Kontor niedergebrannt. Die Freiberger Feuerwehr mit Motorspritze und Landspritze war rasch zur Stelle. Leider hat sich beim Ausrücken der

SLUB
Wir führen Wissen.

alarmierten Freiberger Feuerwehr ein schwerer Unfall zugetragen, an dem jedoch die Feuerwehr keinerlei Schuld trifft. Als die Feuerwehr in scharfer Fahrt zur Brandstelle die Poststraße passierte, versuchte ein Schulknabe sich auf den Schlauchwagen zu schwingen, der als Anhänger hinter dem Mannschaftswagen lief. Der Junge erfaßte die Aufhängevorrichtung des Wagens, was natürlicherweise die Auslösung der Kuppelung zur Folge hatte. Der Schlauchwagen fiel von dem Mannschaftswagen ab, rannte seitwärts, wobei der Junge auf das Pflaster geschleudert wurde. Er blieb besinnungslos liegen und wurde später, nachdem ein Ladenbesitzer den Verletzten einstweilen in seinem Laden untergebracht hatte, nach dem Krankenhaus überführt. Der Knabe erlitt eine Gehirnerschütterung.

* Bad Elster. Aus der Gepäckhalle der Staatlichen Kraftverkehrsgesellschaft stahlen Einbrecher Koffer der Kurgäste, deren Inhalt einen Wert von etwa 30 Millionen M. darstellt.

* Chemnitz. Hier wurden ein Hilfsmonteur, ein Händler und ein Schlosser festgenommen, weil sie in betrügerischer Absicht Salvarsan im angeblichen Werte von 45 Millionen Mark zum Kaufe angeboten hatten.

Oberwiesenthal. Ein Konsortium unter Führung einer ausländischen Bank und unter Mitwirkung hiesiger Hotelbesitzer hat das Schützenhaus erworben, das noch im Laufe dieses Sommers zu einem Hotel mit etwa 100 Zimmern und einem Saal ausgebaut werden soll.

Oelsnitz i. V. Die auf dem Rittergute Bösenbrunn beschäftigte Arbeiterin Frau Ida verw. Götz kam Sonnabend bei der Rückkehr vom Kleefelde an einer abschüssigen Stelle zu Falle. Ein Hinterrad des schwerbeladenen Wagens ging ihr über den Kopf und verletzte sie so schwer, daß sie auf der Stelle verschied.

* Leipzig. Auf dem Lößniger Friedhofe stahlen Diebe die Metallurne mit der Asche eines verstorbenen Mädchens. Die Angehörigen der Verstorbenen, die durch die scheußliche Tat im Innersten getroffen sind, haben für die Aufklärung des Diebstahles eine Belohnung von 300 000 Mark ausgesetzt.

Sächsischer Landtag.

slk. **Dresden**, 11. Juli 1923.

Auf dem Platze des Abg. Dr. Seyfert, der heute abend seine Antrittsvorlesung in der Technischen Hochschule hält, steht ein Blumenstrauß. Es entspinnt sich zunächst eine längere Geschäftsordnungsdebatte über Beschlüsse des Aeltestenausschusses und die kommenden Abstimmungen. Dann wird in die Einzelberatung des Gesetzentwurfs über die

Gemeindeordnung

eingetreten. Bei § 20, der die Entscheidung über Gemeindeangelegenheiten den Gemeindeverordneten übertragen soll, beantragt Röllig (D. Vp.) namentliche Abstimmung, weil es sich hier um die Beseitigung der bewährten Ratsverfassung handle. Der Paragraph wird in namentlicher Abstimmung mit 48 sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen gegen 42 Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Annahme findet auch die neu eingefügte Bestimmung, daß Mitglieder des Gemeinderats nicht gleichzeitig Gemeindeverordnete sein dürfen.

Ein Antrag Röllig, der das Wahlrecht nur dem gewähren will, der mindestens sechs Monate in der Gemeinde wohnt, wird abgelehnt; desgleichen ein Antrag Dr. Weigel, der eine gewisse Lebhaftigkeit vorsieht.

Abg. Blüher (DVp.) gibt zu verschiedenen Punkten beachtliche Anregungen und stellt entsprechende Anträge, die aber, wie alle Minderheitsanträge der bürgerlichen Parteien, keine Annahme seitens der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit finden.

Bei § 76 beantragt Abg. Röllig, daß die **Wiederwahl des Bürgermeisters** auf 12 Jahre gelten soll und daß durch **Ortsgesetz** auch eine **Wahl auf Lebenszeit** bestimmt werden kann. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 42 Stimmen **abgelehnt**.

Bei Absendung des Berichts dauert die Sitzung noch an.

Demokratischer Gemeindebeamtentag.

Am 8. Juli fand im Künstlerhaus in Dresden eine Tagung demokratischer Gemeindebeamter Sachsens statt, die aus allen Teilen des Landes zahlreich besucht war. Der mit stürmischem Beifall aufgenommene Vortrag schloß mit der nachstehenden **Entschließung**, die einstimmig angenommen wurde: Die demokratischen sächsischen Gemeindebeamten stehen ohne jeden Vorbehalt auf dem Boden der republikanischen Verfassung des Reiches und des Landes. Sie erblicken in der durch Artikel 130 der Reichsverfassung gewährleisteten Freiheit der politischen Ueberzeugung und der Vereinigungsfreiheit, sowie in dem Grundsatze des Artikels 128 der Reichsverfassung, wonach alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Aemtern zuzulassen sind, die wertvollsten demokratischen Grundrechte, die sie unangetastet wissen wollen. Die demokratischen sächsischen Gemeindebeamten weisen darauf hin, daß nach Art. 130 der Reichsverfassung die Beamten die Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei sind. Sie erachten die Politisierung der Beamtenschaft als eine Gefahr für die Volksgesamtheit und lehnen es ab, daß der Beamte als solcher zur Tätigkeit im Sinne der jeweils herrschenden politischen Partei verpflichtet sei, und daß die Zugehörigkeit zu dieser und die Betätigung in ihr Voraussetzung der Anstellung oder Beförderung gemacht werde.

Reichstagsabgeordneter Schuldt-Berlin sprach über die **Neugestaltung der Beamtenbesoldung**. Die Versammlung stimmte einmütig nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag einer **Entschließung** zu, in der es u. a. heißt: Die Reichsregierung wird dringend ersucht, der demokratischen Forderung auf geltende Anpassung des Beamteneinkommens an die Preisänderung unverzüglich nachzukommen. Zur Grundlage muß ein wöchentlich zu ermittelnder Index dienen, welcher die Bedürfnisse eines Beamtenhaushalts besser als bisher erfaßt. Zur Wiederherstellung seines sozialen Standes ist der mindest besoldete Beamte dem angelernten Arbeiter wirtschaftlich gleichzustellen und auf dieser Grundlage zur höchstbesoldeten Gruppe ein Verhältnis herzustellen, das die Leistung, Vorbildung und Qualitätsarbeit gerecht wertet. Daneben dürfen wir aber nicht unerwähnt lassen, daß die wohlerworbenen Rechte der Beamten auf bestimmte Bezüge, welche ihnen eine bestimmte Stellung innerhalb der Gesamtheit des Volkes gewährleisten sollen, verletzt werden, wenn die Bezüge mit der fortschreitenden Geldentwertung nicht Schritt halten.

Oberverwaltungsinspektor Weber-Dresden sprach über **Organisationsfragen**. Die nachstehende **Entschließung** wurde einstimmig angenommen: Die sächsischen demokratischen Gemeindebeamten stehen auf dem Standpunkt, daß es verhindert werden muß, die Beamtengewerkschaften nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu leiten und zu führen, daß vielmehr die Belange des Berufsbeamtentums nur in einer parteipolitisch neutralen Beamtengewerkschaft gewährt werden könne. Diese Voraussetzungen erfüllt zur Zeit nur der Deutsche Beamtenbund, und es kann daher auch nur er als die Spitzenorganisation bezeichnet werden, die für die sächsischen Gemeindebeamten in Frage kommt. Die sächsischen demokratischen Gemeindebeamten lehnen es ab, die Beamtengewerkschaften zu Trägern des Klassenkampfes umzugestalten. Dessen ungeachtet fordern sie von ihrer Berufsvertretung eine tatkräftige Arbeitnehmer- und Verbraucherpolitik. Wir erwarten, daß sich die Beamtenorganisationen mit allem Nachdruck für den Schutz und den Ausbau der der Beamtenschaft in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten einsetzen. Insbesondere erwarten sie, daß allen Bestrebungen auf Beseitigung des Gemeindebeamtenbesoldungsgesetzes, auf Beeinträchtigung der Besoldungsrechte der Gemeindebeamten durch bürokratische Handhabung des Besoldungssperrgesetzes, auf Verschlechterung der Dienstzeit und auf Ausbau des Berufsbeamtentums in nachdrücklichster Form entgegengetreten wird.

Verdoppelung des Markenbrotpreises.

Mit Wirkung vom 23. ds. Mts. wird der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide von 800 000 Mark auf durchschnittlich 2 400 000 Mark für die Tonne erhöht werden. Die Erhöhung war erforderlich wegen der sich durch die Markentwertung immer mehr steigernden Verluste der Reichsgetreidestelle, die auch mit der neuen Maßnahme noch bei weitem keine volle Deckung finden. Die Heraufsetzung des Abgabepreises wird auch eine Steigerung der Brotpreise naturgemäß zur Folge haben, die man etwa auf durchschnittlich das Doppelte der bisherigen annehmen kann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wegen des Verfalls der Mark und weil im Brotpreise der Getreidepreis nur etwa drei Fünftel ausmacht, seit dem 4. Juni, dem Tage der letzten Erhöhung der Abgabepreise, Erhöhungen der Markenbrotpreise durch die Kommunalverbände fast wöchentlich, zum Beispiel in Berlin viermal, erfolgt sind. Auch nach der am 23. ds. Mts. bevorstehenden Erhöhung wird ein Markenbrot noch nicht den dritten Teil von dem kosten, was bereits heute für eine gleiche Menge markenfreien Brotes aufzuwenden ist.

Die Postgebühren ab 1. August.

Ein Fernbrief 1000 Mark.

Vom 1. August ab werden die Postgebühren im allgemeinen um das Dreieinhalbfache erhöht werden. Es werden demnach kosten: Postkarten im Ortsverkehr 200 M., im Fernverkehr 400 M., Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 400 M., über 20 bis 100 Gr. 600 M. usw. Im Fernverkehr kosten sie bis 20 Gr. 1000 M., über 20 Gr. bis 100 Gr. 1200 M. usw., Drucksachen bis 25 Gramm 200 M. usw., Päckchen bis 1 Kilogr. 2000 M., Pakete in der 1. Zone bis 3 Kilogr. 2400 M., über 3 bis 5 Kilogr. 2600 M., über 5 bis 6 Kilogr. 4200 M. usw., in der 2. Zone bis 3 Kilogr. 4800 M., über 3 bis 5 Kilogr. 7200 M. usw., in der 3. Zone bis 3 Kilogr. 4800 M., über 3 bis 5 Kilogr. 7200 M., Postanweisungen bis 10000 M. 600 M., über 10000 bis 50000 M. 1000 M., bis 1 Million 4800 M., Zahlkarten bis 1000 M. 200 M., bis 50000 M. 250 M. usw., bis 2 Millionen (unbeschränkt) 8000 M., gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr Grundgebühr 1600 M., Wortgebühr 860 M., im Ortsverkehr kostet die Grundgebühr 800 M. und die Wortgebühr 400 M. Die Ortsgesprächsgebühr beträgt 500 M., die Ferngesprächsgebühr über 5 bis 15 Kilom. einschl. 1500 M., für 500 bis 600 Kilom. 22500 M., jede weiteren angefangenen 100 Kilom. 3000 M. Die Jahresgrundgebühr bleibt bis Ende September 1923 unverändert. Der Reichstagsausschuß für Post- und Telegraphenwesen hat in einer Entschließung dem Ministerium Vollmacht erteilt, am 1. Sept. abermals eine Verdoppelung sämtlicher Gebühren vorzunehmen.

Die neue Wohnungsmangelverordnung.

In einer seiner letzten Sitzungen hat der Reichstag ein Gesetz zur Aenderung der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel veröffentlicht. Die neuen Bestimmungen verlängern die Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes vom 11. Mai 1920 über den 30. Juni 1923 hinaus. Gleichzeitig werden einzelne Veränderungen des bisherigen Wortlauts der Verordnung vorgesehen, die besonders mit Rücksicht auf das neue Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter notwendig geworden sind. Ein bisher vielfach empfundener Mißstand wird dadurch beseitigt, daß den obersten Landesbehörden unmißverständlich das Recht zugebilligt wird, die Durchführung der getroffenen Anordnungen zu beaufsichtigen. Nach der alten Verordnung wurden Räume als unbenutzt angesehen, deren Verfügungsberechtigte sich in das feindliche Ausland begeben hatten, gleichwohl aber keine Räumung der in Deutschland innegehabten Wohnung vornahmen. Aus dieser Bestimmung ist das Wort feindliche gestrichen worden, und die Tatsache des Verzuges nach dem Auslande genügt jetzt, um eine Wohnung als unbenutzt im Sinne des Gesetzes ansehen zu lassen. Weiter beseitigt die neue Verordnung den Zweifel darüber, ob ein von dem Mieteinigungsamt und einem Interessenten festgesetzter Mietsvertrag als für die Parteien bindend angesehen werden muß. Ein lebhafter Kampf entspann sich um die Bestimmung, daß Räumlichkeiten, die im Eigentum oder der Verwaltung des Reiches oder eines Landes stehen, den Zugriffen der Beschlagnahmebehörden entzogen werden sollen. Der Schutz derartiger Räume wurde von der Mehrheit des Reichstages schließlich als berechtigt anerkannt und angenommen. Eine weitere neue Bestimmung betrifft Flüchtlinge und Vertriebene, die künftig, um beschleunigt Wohnraum zugewiesen zu erhalten, eine Bescheinigung beibringen müssen. Kolonialdeutsche stehen anderen deutschen Flüchtlingen gleich. Das Beschwerderecht gegen eine von der Gemeindebehörde getroffene Verfügung ist den Oberlandesbehörden übertragen worden. Endlich werden die Strafbestimmungen der alten Verordnung wesentlich verschärft, das heißt: der Geldentwertung angepaßt.

Der Kampf gegen die deutsche Schule in Polen.

Neue Gefahren drohen, wie der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ mitteilt, den deutschen Schulen in Polen. Das gilt für die höheren Schulen und leider auch für die deutschen Volksschulen. Die polnischen Kommissare von polnischen Provinzialschulkollegien, die die Abiturientenprüfungen im Monat Juni an den deutschen Privatgymnasien abgehalten haben, haben den betreffenden Anstalten die Eröffnung gemacht, daß die deutschen Gymnasien fortan keine Reifeprüfung mehr abhalten dürften. Die noch bestehenden deutschen sollen in sechsklassige höhere Anstalten umgewandelt werden. Man glaubt, daß sechs volle Jahre genug sind, um die deutschen Schüler mit deutschem Geiste zu erfüllen. Die letzten drei Schuljahre sollen die deutschen Gymnasiasten dann auf polnischen Gymnasien mit polnischer Unterrichtssprache zubringen. Das ist natürlich ein furchtbarer Schlag, denn den allerwenigsten deutschen Schülern wird es nach so kurzer polnischer Herrschaft möglich geworden sein, in den drei bis vier Jahren die polnische Sprache sich anzueignen, daß man sie fließend beherrscht, um in den oberen Klassen eines polnischen Gymnasiums ohne Nachteil mitzukommen. Die Absicht der Polen leuchtet natürlich ohne weiteres ein. Sie wollen auf diese Weise weitere Deutsche veranlassen, das Polenland zu verlassen. Aber nicht bloß gegen die höheren Schulen, auch gegen die Volksschulen geht man jetzt noch schärfer vor als bisher. Es gibt noch eine ganze Reihe von Volksschulen, die der polnische Staat unterhalten muß. Sehr viele von diesen Schulen sind zum größten Teil durch polnische Machenschaften auf vierzig und etwas darunter gesunken. Der polnische Staat unterhält aber nur solche Schulen, deren Schülerzahl über vierzig beträgt. Am 1. September, dem Beginn des neuen Schuljahres, wird infolgedessen eine ganze Reihe von deutschen Volksschulen geschlossen werden.

In Pommerellen besteht eine höhere Schule, die von Knaben und Mädchen besucht wird. Der polnische Schulrat in Thorn hat die Koedukation verboten. Auf den Hinweis, daß doch auch polnische Schulen vorhanden seien, wo Knaben und Mädchen gleichzeitig unterrichtet werden, antwortete der Schulrat, daß Polen sich in einer Zwangslage befände, sie hätten noch nicht so viele akademische Lehrkräfte, um Gymnasien und Lyzeen mit gesonderten Lehrkräften zu versorgen. Die deutschen Schulen dagegen seien vom deutschen Staate als Musterschulen übernommen worden. Es läge aber im Interesse des polnischen Staates, diese Schulen auf ihrer Höhe zu erhalten! Dieser Standpunkt wird deutscherseits natürlich als grimmiger Hohn empfunden.

Der Berliner Metallarbeiterstreik beendet.

X Berlin, 12. Juli. Die Urabstimmung der Berliner Metallarbeiter hat laut „Vorwärts“ die **Annahme des Einigungsvorschlages** des Reichsarbeitsministeriums gebracht. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Freitag.

Eine Interpellation der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: Im Freistaat Sachsen haben sich in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung Zustände entwickelt, die zu ernster Besorgnis Anlaß geben. Die von der Landesregierung befolgte Regierungsmethode läßt ein vollkommen einseitige Stellungnahme zugunsten einer Bevölkerungsschicht erkennen. Das **nichtsozialdemokratische Bürgertum** wird systematisch in seinen staatsbürgerlichen Rechten **beeinträchtigt**. Nur Anhänger der sozialdemokratischen und kommunistischen Weltanschauung werden als vollwertige Staatsbürger behandelt. Verschiedene Verordnungen der Regierung stehen nicht im Einklang mit dem Geiste der Reichsverfassung. In außenpolitischer Hinsicht stellt die in der breiten Oeffentlichkeit eingenommene Haltung der sächsischen Landesregierung eine **Gefährdung der Einheitsfront** gegenüber dem völkerrechtswidrigen Vorgehen der Franzosen und Belgier dar und schwächt damit unmittelbar unsere Abwehr gegenüber den Einbruchsmächten. Ist die Reichsregierung gewillt, die sächsische Landesregierung zu veranlassen, den Freistaat Sachsen nach den in der Reichsverfassung niedergelegten Grundsätzen zu verwalten?

Vermischtes.

Unfall eines Ferienkinder-Straßenbahnzuges. Eine schlimme Unterbrechung erfuhr gestern früh ein Halbtagsferienausflug Berliner Gemeindeschulkinder. Ein Ferienkinder-Straßenbahnzug, der aus einem Motorwagen und zwei Anhängern bestand, fuhr an der Ecke Prinzen- und Wasserthorstraße auf einen Anhänger der Linie 36 auf und erlitt dabei schweren Bruchschaden. Durch Glassplitter wurden zahlreiche Kinder verletzt, und auch die Spielleiterin trug tiefe Schnittwunden davon. Die Feuerwehr brachte die Verletzten zunächst nach der nahe gelegenen Unfallstation und von dort nach dem Urban-Krankenhause. Es blieben dort nur die Spielleiterin und zwei Knaben, die übel zugerichtet waren; Lebensgefahr liegt indessen glücklicher Weise nicht vor. Die übrigen verletzten Kinder wurden wieder nach Hause entlassen. Der Unfall ereignete sich etwa um die neunte Morgenstunde. In dem Sonderzug der Straßenbahn, der die Kinder nach dem Plänterwald in Treptow bringen sollte, befanden sich etwa vierhundert Kinder mit der Spielleiterin Minna Hermankus und einem Lehrer. Der Sonderzug kam aus der Wasserthorstraße in Richtung Treptow und wollte gerade die Prinzenstraße kreuzen, als ein Motorwagen mit Anhänger der Linie 36 vom Moritzplatz (Richtung Kreuzberg) kommend, in flottem Tempo die Prinzenstraße entlang fuhr. Der Fahrer des Sonderzuges mag nun vielleicht nicht mehr in der Lage gewesen sein, rechtzeitig zu bremsen, jedenfalls fuhr er auf den Anhänger des Straßenbahnzuges 36 auf. Der Zusammenprall war so stark, daß die Fensterscheiben des Sonderzug-Triebwagens in Trümmer gingen. Der Kinder bemächtigte sich eine große Panik, und im Augenblick des Zusammenstoßes hörte man lautes Wehgeschrei. In der um diese Zeit sehr belebten Gegend sammelte sich in einigen Sekunden auch viel Publikum an. Glücklicherweise stellte es sich aber schnell heraus, daß der Zusammenstoß glimpflicher abgelaufen war, als man anfangs gefürchtet hatte. Die Feuerwehr war in wenigen Minuten zur Stelle. Etwa zehn Kinder waren zu Schaden gekommen, teils durch Schnittwunden, teils durch Quetschungen. Nach Anlage der ersten Notverbände kamen alle Verletzten ins Urban-Krankenhaus. Bis auf zwei Knaben konnten alle Kinder entlassen werden. Die heilgebliebenen Ausflügler setzten unter Führung einer neuen Spielleiterin in einem anderen Straßenbahnzug die Fahrt fort. — Durch das Nachrichtenamt der Stadt Berlin gibt das Bezirksjugendamt Kreuzberg von dem Unfall eine Darstellung, wonach außer den zehn Kindern zwei Erwachsene verletzt worden sind; beide konnten jedoch mit Notverbänden aus dem Krankenhause entlassen werden. Die Untersuchung über die Schuld ist noch nicht abgeschlossen.

Flugzeuglandung auf der Straße. Sonntag früh ½6 Uhr ist ein Flugzeug unter der Führung eines gewissen Raab in Berlin auf dem Opernplatz Unter den Linden gegenüber der Neuen Wache gelandet. Es wurde bei dem Kommando der Schutzpolizei in der Oberwallstraße untergestellt. Das Flugzeug hatte nach den Feststellungen der Luftüberwachungsstelle Staaken einen Motordefekt erlitten, und seinem Führer war es gelungen, mitten in der Stadt auf dem Opernplatz zu landen, ohne einen Unfall zu erleiden. Die Vermutung, daß es sich um eine Kinoaufnahme gehandelt habe, hat sich nicht bestätigt. Das Flugzeug war kurz nach 5 Uhr in Staaken aufgestiegen, um nach Breslau zu fliegen.

Das beste Plakat. Für ein Plakat ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß es sofort und in nachdrücklicher Weise einen gewünschten Eindruck hervorruft, da ja die Blicke nur meistens kurz und flüchtig darauf ruhen. Die Psychologie hat sich daher vielfach mit der Frage beschäftigt, wie das beste Plakat gestaltet werden muß. Neue wichtige Ergebnisse brachten darüber die Versuche von Dr. Hans Piorkowski, über die er in der „Umschau“ berichtet. Die Versuche wurden vorgenommen mit einer Serie von fünf Bildern, bei denen die Darstellung immer mehr vereinfacht und stilisiert war. Bei dem ersten Bild, das die Szene naturalistisch darstellte, schwankten die Aussagen außerordentlich. Das Bild wurde weder seinem quantitativen Inhalt nach noch in seinem Bedeutungsinhalt richtig erkannt. Die feinen zeichnerischen Einzelheiten wirkten augenscheinlich ablenkend. Dagegen führte das vollkommen vereinfachte fünfte Bild zu durchaus eindeutigen und klaren Ergebnissen. Eine auf die einfachsten Elemente zurückgeführte Zeichnung wird also sehr viel schneller und besser begriffen und wiedererkannt als das gleiche Thema in naturalistischer Ausführung. Anders war es bei den ästhetischen Eindrücken, indem die genauer ausgeführten Bilder besser gefielen. Danach würde also ein gewisser Gegensatz zwischen dem Schönheitsurteil und dem Zweckmäßigkeitsurteil bei Plakaten bestehen. Der Verfasser stellt den allgemeinen Satz auf: „Bei Plakaten und Inseraten läßt sich eine Wirkungssteigerung erzielen, wenn man

durch Betonung wesentlicher Teile und Weglassung von für das Verständnis unwichtigen Bestandteilen eine Vereinfachung der zeichnerischen Linienführung durchführt, deren Grenze dort liegt, wo die beabsichtigte Gestaltauffassung nicht mehr zustande kommen würde. Diese Wirkungssteigerung bezieht sich sowohl auf die sinnliche Einwirkung, wie auch auf die gedächtnismäßige Verarbeitung und das Wiedererkennen." Man kann daraus folgern, daß der expressionistische Stil, der sich bewußt von der Natur entfernt, für Reklamezwecke geeigneter ist als der impressionistische, der einen genauen Natureindruck wiedergeben will, und tatsächlich haben ja auch Expressionisten vorzügliche Plakate geschaffen.

Tanzen die Mädchen zu viel? Die Klage, daß die jungen Mädchen von heute zu viel tanzen, ist des öfteren erhoben worden, und man hat so manche Schattenseiten des modernen Gesellschaftslebens von dieser Tanzwut der Jugend abgeleitet. Ein englisches Blatt hat sich über die Berechtigung dieser Klage bei maßgebenden Persönlichkeiten unterrichtet und in den meisten Fällen bejahende Antworten erhalten. „Viele englische Mädchen", sagte ein führender Londoner Frauenarzt, „haben zweifellos ihre Frische durch zu viel Tanzen verloren und sind dadurch nervös geworden. Diese Erscheinung beobachtet man hauptsächlich bei den „Nachkriegsmädchen", die heute etwa 21 Jahre alt sind. Die Aufregungen und Entbehrungen des Krieges riefen in diesen jungen Geschöpfen eine Gier nach Zerstreuung und Betäubung hervor. Eine innere Ruhelosigkeit erfaßte sie, die im unmäßigen Tanzen ihren Ausbruch fand. Man sollte solchen Mädchen unter keinen Umständen gestatten, jeden Abend zu tanzen. Sonst erschöpfen sie sich rasch und altern früh. Das durchschnittliche Mädchen des Londoner Westens tanzt zuviel; es untergräbt damit seine Gesundheit." Eine Aerztin Dr. Mary Scharlieb sagte: „Mäßiges Tanzen ist jungen Mädchen sehr gesund, aber das Uebermaß schädigt ihren Körper, zumal noch der Genuß von Alkohol und die Erregung des Flirts damit verbunden sind."

Das obdachlose Sardou-Denkmal. Es ist jetzt 14 Jahre her, seit der Pariser Magistrat beschloß, dem Dramatiker Victorien Sardou ein Denkmal zu errichten, das in dem kleinen Garten vor der Madeleine aufgestellt werden sollte. Der große Bildhauer Bartholoms schuf eine schöne Statue, aber bevor die Aufstellung erfolgte, brach der Krieg aus, und der marmorne Sardou mußte warten. Nach dem Kriege ist nun eine heftige Bewegung gegen die allzu vielen Denkmäler in Paris ausgebrochen, und der Magistrat hat beschlossen, keine Bewilligungen mehr für die Errichtung einzelner Monumente zu geben. Danach kann auch das Sardoudenkmal nicht aufgestellt werden und ist deshalb obdachlos. Man hofft jedoch, daß bei Sardou noch eine Ausnahme gemacht werden wird, da ja die Aufstellung schon 1909 beschlossen wurde.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. Juli 1923.

Erneute Besetzung der Rheinischen Stahlwerke.

Essen. Die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Meiderich sind gestern morgen erneut besetzt worden. — Auf dem Bahnhof Oberebing bei Dortmund haben die Franzosen eine Fernsprechleitung nach dem Stahlwerk Hoesch hergestellt. Eingriffe in den Betrieb sind noch nicht erfolgt. Der Regiebetrieb der Strecke Gladbeck-Westerholt wurde eingestellt. Die Verladung der Kohlenvorräte der Zeche Blumenthal und König Ludwig bei Recklinghausen ist beendet. Die Zechen wurden geräumt.

Amerika zeigt großes Interesse an den Ereignissen in London.

)(London. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus zeigen die amerikanischen Blätter großes Interesse für die bevorstehende britische Erklärung. Ein Washingtoner Korrespondent des „Newyork Herald" meldet, Hughes verfolge die Ereignisse in London sehr genau. Er habe den Botschafter in London, Harvey, zu sich berufen. Wenn die britische Politik eine bestimmte Richtung einschlägt, werde Amerika die Vorschläge Baldwins vielleicht aktiv unterstützen.

Zur heutigen Erklärung Baldwins.

)(London. Der „Times" zufolge wird die Rede Baldwins im Unterhause eine Viertelstunde dauern. — Das Kabinett hat heute Mittag eine besondere Zusammenkunft zur endgültigen Billigung der Erklärung Baldwins.

Um die Schulden Englands bei Amerika.

)(Paris. Der „Temps" bespricht in seinem Leitartikel den vorgestern in London veröffentlichten Zahlungsplan für die englischen Schulden bei den Vereinigten Staaten. Das halbamtliche Blatt benutzt die Tatsache dieser Veröffentlichung, auf deren Bedeutung es besonders hinweist, zu einer nochmaligen Polemik in der Frage der Zahlungsmethoden auf dem Gebiete der deutschen Reparationen. In Goldmark umgerechnet, stellten die von England an die Vereinigten Staaten zu leistenden Jahreszahlungen etwa 676 Millionen für 1932, 772 Millionen für 1933, 762 Millionen für 1953 usw. bis 1984 dar, wo die zu zahlende Summe sich immer noch auf 760 Millionen belaufe. Wenn man die englischen Blätter lese, die über den Verfall der deutschen Finanzen schreiben, so frage man sich, wie England es sich vorstelle, einen guten Teil dieser Goldmark aus Deutschland herauszuholen. Wenn der Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 annähernd durchgeführt würde, so würde man von Deutschland zur Zeit 3 Milliarden erlangen, wobei der englische Anteil sich auf 660 Millionen belaufen würde. Dabei würden diese Zahlungen keineswegs bis 1984 ausreichen; ihre Dauer hänge vielmehr von dem bis jetzt unsicheren Schicksal der Schatzbons C ab. Wenn England darauf Anspruch mache, von Deutschland zu erhalten, was es den Vereinigten Staaten versprochen habe, so hätte es nicht allein seinen ganzen Anteil, sondern noch darüber hinaus hereinbekommen. Das wäre jetzt nur möglich, wenn es die Anteile seiner Alliierten beschneide unter dem Vorwande, daß sie ihm Geld schuldeten und daß es berechtigt sei, an ihrer Stelle ihre eigenen Forderungen einzuziehen. Solche Kombinationen zu Gunsten der nicht vermögenden Nationen seien ein wahrer Skandal. Ferner müsse Deutschland, wenn es England Dollars liefern solle, den Vereinigten Staaten Waren verkaufen oder Transport- und andere Dienste leisten. Lege England vielleicht Wert darauf, diese Expansion des deutschen Geschäfts in den Vereinigten Staaten zu begünstigen? Man müsse wünschen, daß England in seinem täglichen Leben seinen Entschluß nicht noch zu bereuen haben werde. Vielleicht aber werde die Regierung der Vereinigten Staaten einige Zugeständnisse machen, wenn man sie bestimme, aktiv in die Verhandlungen über die deutschen Zahlungen einzugreifen.

Sport.

12. Bundesfest des Sächsischen Radfahrerbundes im Rahmen der Dresdner Jahresschau „Spiel und Sport" 13.—17. Juli. In den Tagen vom 13.—17. Juli feiert der Sächsische Radfahrerbund in Dresden seinen 32. Bundestag. Die Meldungen hierfür sind äußerst zahlreich eingegangen. Es wird mit einer Teilnehmerzahl von 7—8000 Radfahrern und Radfahrerinnen gerechnet. Der SRB., der unter der umsichtigen Leitung seines 1. Vorsitzenden Dir. Klarner sich eine achtbare Stellung im deutschen Sportleben geschaffen hat, will mit seinem diesjährigen Bundesfest beweisen, daß er auch in einer Großstadt wie Dresden seine wichtigste Veranstaltung erfolgreich durchführen kann. Die Vorbedingungen für ein gutes Gelingen des Bundestages sind jedenfalls gegeben, und wenn das bisherige schöne Wetter anhält, wird der SRB. einen Bundestag feiern können, wie er in der Bundesgeschichte einzig dasteht. — Am Freitag finden lediglich Sitzungen der einzelnen Ausschüsse statt, während der Sonnabend bereits zahlreiche Veranstaltungen bringt. Die meisten Festteilnehmer werden an diesem Tage mit dem Rad nach Dresden fahren, um sich das Erinnerungszeichen des Dresdner Rotax-Werk zu verdienen. Am Vormittag wird im Künstlerhaus die Bundeshauptversammlung abgehalten, während am Nachmittag im Ausstellungsgelände die Bundesmeisterschaften im Sechser-Rasenradballspiel ausgetragen werden. Am Abend findet im Großen Ausstellungssaal ein Festkommers mit künstlerischen und sportlichen Darbietungen statt. Der Hauptag des Bundesfestes ist der Sonntag. Am Vormittag werden die besten Mannschaften des SRB. um den Meisterschaftstitel im Mannschaftsfahren kämpfen. Start und Ziel sind in der Ausstellung. Die wichtigste Veranstaltung des Sonntags ist der **Preis- und Blumenkorso.** Die Meldungen hierfür sind äußerst zahlreich eingegangen. Es ist mit einer Teilnehmerzahl von 3000 Radfahrern und Radfahrerinnen mit über 100 Bannern zu rechnen. In dem Festzug werden sich auch künstlerisch ausgestattete Festwagen des Bezirks Dresden des SRB. und verschiedener Dresdner Großfirmen befinden. Jedenfalls wird der Korso, der eine Länge von vielleicht zwei Kilometer erreichen wird, seine Werbekraft auf die dem Radsport noch Fernstehenden nicht verfehlen. Die Abfahrt erfolgt um 1 Uhr auf dem Alaunplatz. Es geht dann durch einen großen Teil der Stadt nach der Ausstellung, wo der Festzug gegen 3 Uhr eintreffen wird. Am Nachmittag werden im Rahmen eines großen Sportfestes die verschiedenen **Bundesmeisterschaften im Saalfahren ausgetragen.** Die Rennungen hierfür sind ebenfalls sehr zahlreich, sodaß die Abwicklung des Programms sich bis in die Nachtstunden hinziehen dürfte. Am Montag findet vormittag am Denkmal der im Weltkriege gefallenen Kameraden eine **Gedächtnisfeier** statt. Hierauf treffen sich die Teilnehmer zur Besichtigung der vielen Sehenswürdigkeiten Dresdens. Am Nachmittag wird ein Rundgang durch die Jahresschau „Spiel und Sport" angetreten. Große Anziehungskraft wird auch das Volksfest ausüben, das nachmittags 3 Uhr im Ausstellungsgelände abgehalten wird. Es werden hierbei verschiedene sportliche Darbietungen und Spiele abgehalten.

Volkswirtschaftliches.

Umsatzsteuervorauszahlungen. Vor und nach Verabschiedung des Geldentwertungsgesetzes ist ständig darauf hingewiesen worden, daß die auf Grund der Umsatzsteuererklärung für 1922 erforderlich gewordenen Nachzahlungen und die Vorauszahlungen für die Umsätze des ersten Kalendervierteljahres 1923 bis zum 30. April 1923 eingezahlt sein müssen. Die Steuerpflichtigen, die diese Frist nicht innegehalten haben, haben ohne Rücksicht auf Verschulden den Verzugszuschlag von 15 v. H. entrichten müssen. Bei dem dringenden Geldbedarf des Reiches und bei der völlig geklärten Rechtslage auf dem Gebiete der Umsatzsteuer war ein nachträgliches Entgegenkommen denjenigen Steuerpflichtigen gegenüber, die ihre Zahlungen nicht pünktlich geleistet haben, nicht möglich. Mit Ablauf des Monats Juli 1923 sind Vorauszahlungen auf die Umsätze des zweiten Kalendervierteljahres 1923 fällig. Alle Steuerpflichtigen werden schon jetzt auf diese Zahlungspflicht aufmerksam gemacht. Die Zahlungen werden nur dann als rechtzeitig angesehen werden, wenn sie bis zum 31. Juli bei der Kasse eingegangen sind.

Keine Erhöhung des Reichsbankdiskontosatzes. In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank wurde die Frage der Erhöhung des Reichsbankdiskontosatzes eingehend erörtert. Nachdem der Zentralausschuß sich fast einstimmig gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen hatte, kam das Reichsbank-Direktorium zu dem Beschluß, von der Erhöhung zurzeit abzusehen.

Das Stempelsteuergesetz. Der Landtag hatte kürzlich ein Abänderungsgesetz zum sächsischen Stempelsteuergesetz vom 12. Januar 1909 angenommen. Da das Gesetz, das am 15. d. M. in Kraft tritt, für die mit der Stempelverwendung befaßten Behörden und Notare sowie für alle am Urkundenverkehr beteiligten Kreise von großer Bedeutung ist, weist das Finanzministerium in der „Sächsischen Staatszeitung" nochmals auf die wichtigsten Aenderungen hin. Mit Rücksicht auf das Schwanken des Geldwerts ist das Finanzministerium ermächtigt worden, durch Verordnung die Feststempel usw. dem Geldwerte anzupassen. Die Verwaltung der Stempelsteuer bleibt den Reichsbehörden auch weiterhin übertragen. Das Abänderungsgesetz ist in der Nummer 23 des „Sächsischen Gesetzblattes" veröffentlicht worden.

45 prozentige Erhöhung der Kalipreise. Die Sechserkommission des Reichskalirates beschloß in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig, also auch mit Zustimmung der Vertreter der Landwirtschaft, eine Preiserhöhung von 45 Proz. mit Wirkung ab 11. Juli. Diese Preiserhöhung ist eine notwendige Folge der mit Wirkung vom 9. Juli erfolgten Erhöhung der Löhne und Kohlenpreise. Da bezüglich dieser beiden wesentlichen Faktoren bei den Selbstkosten der Kaliindustrie leider mit einer weiteren Steigerung gerechnet werden muß, dürfte auch die jetzt erfolgte Preiserhöhung schon in absehbarer Zeit von einer weiteren abgelöst werden.

Die Nostrifizierung ungarischer Effekten. Der Verband Sächsischer Industrieller teilt uns mit, daß nach Vorstellungen verschiedener Mitglieder die Tschechoslowakei ungarische Effekten vor längerer Zeit mit einem tschechischen Stempel versehen haben soll und wegen dieses Stempels die ungarische Regierung die Nostrifizierung abgelehnt hat. Es ist zu bemerken, daß das Ungarische Finanzministerium im Irrtum ist, wenn es diesen tschechischen Stempel für eine Anerkennung der tschechischen Schuld ansieht. Der Stempel dient lediglich statistischen Zwecken und die Effekten sind daher zu nostrifizieren. Sollte das Ungarische Finanzministerium die Nostrifizierung der Effekten nicht vornehmen, empfiehlt es sich, in der Angelegenheit die deutsche Regierung oder den Verband Sächsischer Industrieller zu unterrichten.

* * *

Marktberichte.

Amtliche Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz am 11. Juli, nachmittags 3 Uhr. Stimmung: fester. Weizen 670000 — 700000 M., Roggen 570000 bis 600000 M., Wintergerste — M., Sommergerste 600000 M., Hafer 600000 M., Mais 580000 bis 600000 M., Weizenmehl 1100000 M., Roggenmehl 875000 M., Weizenkleie 360000 M., Roggenkleie 360000 M., Wiesenheu neues 70000 M., Getreide-Stroh lose 85000 M. für den Zentner franko Chemnitz, bei Getreide in Ladungen von 200 bis 300 Zentner, bei Mehl in Mengen unter 100 Zentner und bei Heu und Stroh ladungsweise.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 630000 — 645000. Ruhiger. Roggen, märkischer 530000 bis 535000. Mehr Angebot. Gerste, Sommergerste, märkische 560000—575000. Behauptet. Hafer, märkischer 550000 bis 560000, pommerscher 540000—550000. Mehr Angebot. Mais waggonfrei Hamburg 540000. Ruhig. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 1800000 — 2100000. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Ruhiger. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 1400000—1600000. Ruhiger. Weizenkleie 350000—360000, Roggenkleie frei Berlin 360000 bis 370000. Ruhig. Erbsen, Viktoria 850000—950000, kleine Speiseerbsen 750000 — 800000. Futtererbsen 700000. Wicken 500000—550000. Lupinen, blaue 400000—450000, gelbe 500000 — 550000. Rapskuchen 475000 — 480000, Trockenschnitzel 200000 — 210000. Vollwertige Zuckerschnitzel 310000—340000. Torfmelasse 30/70 230000 bis 240000. Kartoffelflocken 480000—500000.

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

36. Fortsetzung.

„Ich reise morgen zu meinem Bruder," sagte er. „Und werde ihn noch einmal um einen Aufschub bitten. Vielleicht gelingt es mir, wenn meine Mutter für mich spricht. In spätestens zwei Tagen bin ich zurück und gebe dir sofort Nachricht."

Dann stand er wieder unschlüssig.

Ein unbestimmter Verdacht war auf einmal in ihm aufgeblitzt, ein leiser Argwohn früherer Tage, der plötzlich riesenhaft in die Gegenwart hineinwuchs.

Niemals hatte er sich ihrer so ganz sicher gefühlt, ihr bis zu seines Herzens Ruhe vertraut.

War es wirklich nur die Scheidung, die sie noch in Deutschland hielt?

Wie eine sengende Flamme wallte die Eifersucht auf einmal in ihm hoch, daß sich der Spiegel seiner Augen feuchtete und es auf allen Poren brannte.

„Hella," sagte er endlich mit tonloser Stimme. „Ich will dir glauben, was du mir heute gesagt hast. Aber hüte dich, Du hast jetzt unser beider Schicksal in der Hand. Erfahre ich, daß noch ein anderer als Aisleben zwischen uns steht, so weiß ich nicht, was mit dir und mir geschieht!"

Mit großen, starren Augen sah ihm Hella nach, als er jetzt wieder langsam zum See hinabging, und von einer Wallhecke noch einen letzten Abschiedsgruß zurückwinkte.

Warum hatte sein Schuß einst nicht um eine Hand breit tiefer getroffen, damals, als er zum letzten Male für sie im Kampfe gestanden hatte.

Dann war der Mund, der ihr nun mit vernichtender Anklage drohte, seit langem schon für immer stumm.

Dann war sie frei, Herrin ihrer selbst, ledig aller Last der Vergangenheit.

Frei.

Ein großes, heißes Freiheitssehnen ging auf einmal durch ihre Seele, daß ihr das quälende Verlangen fast die Brust zersprengte.

Und aus dem Wirbelsturm ihres überreizten Empfindens erhob sich leise und lockend ein versuchender Gedanke, ein Gedanke, so furchtbar, daß ihr in geheimem Grauen vor sich selbst für Augenblicke das Herz gaukelnd schien.

Wenn sie die Leidenschaft jenes Mannes noch einmal gegen den anderen waffnete, den unerbittlichen Gläubiger ihres Lebens, der wie ein düsterer Schatten unheildrohend am Rande ihrer Zukunft stand.

Axel gegen Aisleben!

Ein Schauer der Angst rann ihr plötzlich über den Rücken herab, daß ihr die große Stille ringsum auf einmal wie ein Abgrund schien.

Und dann war der ganze wüste Gedankenspuk wieder versunken, zerstoben.

Der müde Hauch des Abends kam in leisem Wehen und streute einen letzten Goldglanz über Wald und See.

Hella sah auf die Uhr.

Es war Viertel vor neun.

Wenn sie eilte, konnte sie die Abendtafel im Schloß noch erreichen.

Als sie aus dem Rosengarten auf das Springbrunnenrondell einbog, trat hinter einer Gebüschgruppe auf einmal ein Diener in grüner Livree an sie heran.

Auf den ersten Blick erkannte sie den Chauffeur Graf Eickstädts, den sie damals mit ihm auf dem Frankfurter Bahnhof gesehen hatte.

„Ein Brief des Herrn Grafen!" rapportierte er mit abgezogener Mütze. „Ich soll um sofortigen Bescheid bitten und mich in jeder Weise zur Verfügung des gnädigen Fräuleins halten."

Hella runzelte die Stirn.

Dieser Ueberfall im Park entsprach nur wenig ihrem Geschmack; auch klang durch das ganze Auftreten des jungen Mannes bei aller bedientenhaften Korrektheit ein leiser Unterton von ungehöriger Vertraulichkeit.

Dann las sie mit verhaltenem Atem:

„Mein gnädiges Fräulein!

Verzeihen Sie mein langes Schweigen, aber ich war in der Zwischenzeit nicht imstande, mich unauffällig mit Ihnen in Verbindung zu setzen, und muß auch für die Art der Uebermittelung dieses Briefes im voraus um Entschuldigung bitten. Um es kurz zu machen: Kann ich Sie heute noch einmal sehen? Und zwar hier bei mir in Greifenhagen? Meine Bitte wird Sie mit Recht einigermaßen befremden. Und ich habe für mich keine andere Entschuldigung, als daß ich mit Ihnen eine sehr dringende Angelegenheit besprechen muß, die keinen Aufschub duldet und für die Zukunft von uns beiden bestimmend werden dürfte. Daß mir dieses in Pahlowitz unmöglich ist, wird Ihnen wohl ohne weiteres klar sein. Ich sende Ihnen daher mein Auto zu und bitte Sie, ganz nach Ihrem Gutdünken darüber verfügen zu wollen. Sie können damit in einer knappen halben Stunde in Greifenhagen sein und noch in der Nacht ohne Aufsehen wieder nach Pahlowitz zurückkehren. Kommen Sie, wenn es Ihnen irgend möglich ist. Lassen Sie mich nicht vergebens warten!

In aufrichtiger Verehrung
Ihr E."

* * *

Mit einem leisen Lächeln des Triumphes faltete Hella das dünne Briefblatt wieder zusammen.

Sie waren sich alle doch gleich, diese Männer, einer wie der andere.

Schwächlinge, die ein unsichtbares Sklavenmal an der Stirn trugen; Puppen, die sie nach ihrem Gefallen tanzen ließ.

„Wo haben Sie Ihren Wagen?" fragte sie dann kalt und hochmütig.

„Ich halte auf der Chaussee dicht am Gutspark."

„Fahren Sie etwas weiter in den Wald hinein. Es könnte doch noch jemand vom Schloß nach dem Dorf hinübergehen. Und es ist nicht nötig, daß man Sie sieht. Erwarten Sie mich gegen halb elf. Dann erhalten Sie weitere Befehle."

Siebzehntes Kapitel.

Als Hella über die Schloßterrasse in den Speisesaal kam, traf sie wie zu Mittag nur die Baronin und Dr. Reinwaldt beim Abendbrot.

Sie wurde mit freundlichen Vorwürfen über ihr langes Ausbleiben empfangen, und die Baronin erzählte, daß der Wartenberger Kreisarzt in der Zwischenzeit im Schloß gewesen sei und Herta eingehend untersucht habe, aber keine organische Erkrankung bei ihr gefunden habe; es handle sich offenbar um eine nervöse Depression, wie sie junge Mädchen vor großen Entscheidungen ihres Lebens zuweilen überfalle, und am besten mit völliger Ruhe und Schonung behandelt werde.

Fortsetzung folgt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Wie Pompeji wiederersteht.

(Die neue Ausgrabungsmethode.)

Es wird einer der denkwürdigsten Tage in der Geschichte der Archäologie und der Entwicklung der „Wissenschaft vom Spaten“ sein, wenn im Oktober dieses Jahres der König von Italien die neuen Ausgrabungen von Pompeji der Oeffentlichkeit übergeben wird. Seit 12 Jahren sind diese Grabungen fast ununterbrochen unter der Leitung von Prof. Spinazzola ausgeführt worden, und zwar von einer Schar so vortrefflich geschulter Arbeiter, daß der Direktor der eigentlichen Grabungsarbeiten, Cavaliere Carmelo Pauzano erklären konnte, sie seien sämtlich bessere Archäologen, als es alle Professoren vor 100 Jahren waren. Die neuesten Ausgrabungen von Pompeji erhalten dadurch eine so hohe Bedeutung, daß in ihnen eine völlig neue Methode durchgeführt worden ist. Die Erde wurde „gleichsam unter die Lupe genommen“, und die Grabungen erfolgten „nicht mit Picke und Spaten, sondern sozusagen mit Teelöffel und Zuckerzange“. Bei dieser bis ins kleinste gehenden Art ist es begreiflich, daß man in 12 Jahren nur eine enge Straße von kaum 400 Metern freigelegt hat. In einer Unterredung, die Spinazzola dem englischen Berichterstatter G. Ward Price gewährte, hat er sich selbst über seine neue Methode ausgesprochen: „Es ist nicht genug für den Archäologen, zu graben. Er muß auch wissen, was er sucht, sonst wird er vieles vernichten, was er sonst bewahren könnte. Bis 1911 erfolgten alle Grabungen nach dem sog. Grabensystem. Man machte horizontale Einschnitte in die Erdmassen und brachte heraus, was sie enthielten. Dies bot Gelegenheit zu raschen und leichten Funden von großen oder dauerhaften Gegenständen, aber die Gebäude der begrabenen Stadt wurden in ihrer ursprünglichen Lage zerstört, und es blieb ein Chaos von Trümmern übrig. Spinazzola hat sein System durch den Besuch von Ausgrabungen in der ganzen Welt ausgebildet, und besonders waren es deutsche Ausgrabungen, wie die von Delphi, Troja oder Baalbek, die ihn zu seiner eigenen Methode führten. Er kam zu der Ansicht, daß in Pompeji noch sehr viel mehr zu finden sein müßte, als man bei dem zufälligen und eiligen Graben während 200 Jahren gefunden hatte. Die wertvollsten Aufschlüsse mußten hier noch unter der Lavadecke verschlossen sein, und es schien ihm nur notwendig, in der genauesten und sorgfältigsten Weise nachzuforschen. „Der Mensch verändert sich nicht während der Jahrhunderte,“ erklärte er. „Der Süditaliener ist noch heute, was er in altrömischer Zeit war, und ich glaubte, eine Straße finden zu müssen, so voll von Leben, Farbe und Bewegung, wie im heutigen Neapel. Und das habe ich auch gefunden: eine Straße, deren Häuserfront bedeckt ist mit Bildern und illustrierten Anzeigen, mit Balkons und Säulenhallen, mit Läden, die sich auf den Fußweg hinausschieben, mit Werkstätten, Gasthäusern und einem Polizeiburo. Die Krüge und Flaschen stehen noch dort auf dem Schanktisch. Die Lampen und Warengefäße, die Geräte in der Küche befinden sich noch an Ort und Stelle, und an den Altären der Straßenkreuzungen befindet sich noch die Asche der letzten Opfer, die die Pompejianer vor dem Untergang darbrachten. Durch diese langsame Methode haben wir nicht nur die Wurzeln der Bäume in den Gärten gefunden, sondern sogar die Pflanzen, die dort blühten. Wir haben die Abdrücke der Bettpfosten gefunden, deren Holz zu Staub zerfallen war, und sogar die von den Falten eines Hemdes. Bilder sind aufgedeckt worden, die 50 Szenen aus der Ilias illustrierten u. a. Gemälde, die ein verlorenes Gedicht über Herkules darstellen. Nicht derartiges hatte man vorher in Pompeji gefunden.“ Bei der Freilegung einer Villa konnte Price selbst beobachten, wie man Zoll für Zoll in den Erdboden eindrang, wie die Asche und Lava sorgfältig mit der Hand aufgenommen, von Fachkennern auf das eingehendste untersucht, wie sofort aus den Funden das ursprüngliche Bild rekonstruiert und festgehalten wurde. Nur so war es möglich, Pompeji bis in die kleinsten Kleinigkeiten wieder zu erwecken.

Kunst und Wissenschaft.

Musikdirektor Richard Kaden tot. Am Montag früh starb der Direktor der Dresdner Pädagogischen Musikschule Richard Kaden. Nicht allein seine Lehrtätigkeit hat seinen Namen weit über die Grenzen seiner Wirkungsstätte getragen, sondern auch seine Tätigkeit als ausübender Künstler. Er war ein vortrefflicher Violinspieler und Pianist, aber auch ein gewandter Redner über musikalische, philosophische und pädagogische Themen. Kaden war eine schlichte, liebenswürdige Persönlichkeit, der sich durch seine Güte alle Herzen erobert hat.

Vereinsnachrichten

Freie Vereinigung ehem. Ref. 102er. Sonnabend, 14. 7., 8 Uhr Zusammenkunft „Germania“.
Art., Pion. u. Train. Partie nach Moritz fällt aus.
B. H. S. 14. Juli abds. 8 Uhr offiz. Versammlung.

Hotel Höpfner.

Freitag, 13. Juli, abends 8 Uhr die berühmten **Leipziger Krystallpalast-Sänger.**
Tränen über Tränen werden gelacht.
Vorverkauf bei **Abendroth,** Hauptstr. und **Wittig,** Wettinerstraße.

Entlaufen
10 jähriger
Knabe aus Gröba.
Kleidung: Grau-weißes Hemd, an dem eine blaue Kniehose angeknöpft war, barfuß und ohne Kopfbedeckung. Beim Betreffen wird um Anhaltung und Benachrichtigung an den Kriminalposten Riesa geb.

Fahrkarte nach Kassel verlor. Falls sie bis morgen abend abgegeben wird, Belohng. Kasernenstr. 20, 1.

Tauschwohnung gesucht. 5—8-Zimmerwohn. i. herrschaftl. Gutshause a. d. Lde. mit reichl. Zubehör, an der Riesa—Döbelner Bahn gelegen, geg. 4—5-Zimmer-Wohng. in Riesa z. tauschen gesucht. Anfragen erb. unt. U V 469a an das Tgbl. Riesa.

Junger Herr sucht **möbl. Zimmer.** Angebote unter U T 468 an das Tageblatt Riesa.

Möbl. Zimmer mögl. m. voll. Pension, von jg. sol. Herrn (Saarländer) i. Riesa od. Gröba **gesucht.** Offerten erb. unt. U S 467 an das Tageblatt Riesa.

Solider Beamter sucht für sofort **möbliertes Zimmer.** Bettwäsche ev. vorhanden. Angebote erb. unt. U W 471 an das Tageblatt Riesa.

Ordentl. Mädchen im Alter von 15—16 Jhr. als 2. Mädchen gesucht. **Molkereidirektor Hennig,** Riesa.

Dienstmädchen nicht unter 21 Jahren, gesucht. Zu melden **Werkskantine „Grube Ferdinand“,** Zschornegosda, Kreis Calau. Gebrüder Köhler.

2 tüchtige Kirschenpflücker für Akkord sucht **Kirschhütte Weida.**

Bürstenmacher zum Einziehen von Grobbürsten als Nebenbeschäftigung **gesucht.** Schriftliche Angebote erb. u. U V 470a an das Tageblatt Riesa.

Gebr. Piano zu kaufen gesucht. Off. m. Preisangabe unter S S 418 an Tgbl. Riesa.

Brikettausgabe Freitag, den 13. 7., vorm. ½8 bis 11 Uhr, nachm. ½2 bis 5 Uhr. **Richard Seyffert,** Gröba.

Puppenwagen zu kaufen oder gegen Sportwagen zu tauschen gesucht. **Riedel,** Poppitzer Str. 27.

Tausendschön
die Zahnpaste der Zukunft —
große Tube 8000 M. kleine Tube 4000 M. nur in der **Ankerdrogerie Riesa.** — Friedrich Büttner. —

Täglich frische **Heidelbeeren**, **Johannisbeeren**, **Himbeeren, Erdbeeren** zum Einsetzen empfiehlt zu billigsten Tagespreisen **Fr. Koch,** Hauptstr. 19.

Ich kaufe zu höchsten Tagespreisen **laufend:** **Johannisbeeren** schwarz, weiß, rot **Stachelbeeren Himbeeren Erdbeeren Sauerkirschen.** **Weinkelterei Lichtensee** / Riesa. Fernruf Gröditz 22.

Ammern-Verkauf von heute abend ab. **Kirschhütte** am Wasserwerk u. Paustitzerstr.

Täglich frische **Heidelbeeren.** **Markthalle Hauptstraße 31.**

Morgen früh **frische Seefische.** Clemens Bürger.

F. R. Sonnabend, 8 Uhr abends **Uebung.** D. C.

Mittwoch nachmittag erlöste Gott der Herr meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Brauer **Berthold Böhme** von seinem jahrelangen, mit unendlicher Geduld getragenem Leiden.
In tiefstem Weh **Ida Böhme und Kinder.**
Gröba, 12. Juli 1923.

G. d. A. Sonnabend, d. 14. Juli, abends 8 Uhr im Saale der „Elbterrasse“ Riesa **Vortrag** des Kollegen **Bruno Sandmann,** Dresden, über: **Der Gewerkschaftsring und Deutschlands Schicksalsstunde.**
Wir bitten um allseitiges Erscheinen und laden hiermit auch die Mitglieder des Gewerkschaftsringes aufs herzlichste ein. **Der Vorstand.**

Trinitatiskirche zu Riesa
Freitag, 13. Juli 1923, abends 8 Uhr
Vesper
Lieder für Wegefahrt und Reise für Sopran (**Margarete Mattusch**), Chorlieder (**M.-G.-V. Amphion**), Orgelsätze (Kirchenmusikdirektor **Th. Fischer**)
Leitung: **Iwan Schönebaum**
Eintritt frei — An den Ausgängen freiwillig gespendete Gaben dienen zur Linderung der finanziellen Not der Kirche.

Beamtenverein der Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft Riesa.
Stadtpark Riesa.
Sonnabend, 14. Juli 1923, abends punkt 8 Uhr
volkstümliches Konzert der hiesigen Hütten-Kapelle.
Leitung: Staatl. Musikdir. M. Mehring.
Der Reinertrag wird dem Rat der Stadt zu wohltätigen Zwecken überwiesen.
Bei Eintritt der Dunkelheit **Illumination.**
Eintrittspreis:
Für Mitglieder 2000 Mark und Steuer,
für Nichtmitglieder 3000 Mark und Steuer.
Vorverkauf im Zig.-Geschäft **Heidemüller.**

Ankauf Gold — Silber, Platin — Ganze Gebisse — Einzelne Zähne — Juwelen Gegenstände und Bruch aller Art **Baark** Riesa, Carolastr. 10 part. nicht mehr Bismarckstr. 65.
Ehe Sie etwas verkaufen, lassen Sie es sich kostenlos bei mir abschätzen. — Strengste Diskretion.

Getragene Kleider, Anzüge, Schuhe
Unter- und Bettwäsche, Musikinstrumente Bücher, Zeitungen und Säcke aller Art kauft täglich von 9—½7 Uhr
Emil Kaluscha
Ein- und Verkaufsgeschäft, Schloßstr. 19.
Ausweis mitbringen. Hole auch ab, Karte genügt.

Wohnungstausch Liebenwerda-Riesa!
Schöne Fünfzimmerwohnung in Liebenwerda mit gleichgroßer in Riesa möglichst **sofort** zu tauschen gesucht. Reflektanten wollen sich direkt an mich wenden.
Georg Säckel, Liebenwerda — Breitestraße 12. —

Gestern Mittwoch früh folgte nach langer schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Schwester
Martha Hammitzsch
geb. Grundmann, ihrem am Montag verstorbenen Töchterchen in die Ewigkeit nach. Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 4 Uhr. Dies zeigen schmerzerfüllt an **die trauernden Hinterbliebenen.**
Riesa, Bahnhofstraße 30.

Was sagte doch der Onkel Nolde? —
„Mit Döbelner-Veilchen-Sparkern sich jeder waschen sollte!

Spar- und Bauverein Riesa, e. G. m. b. H.

Bilanz am 31. Dezember 1922.

Vermögen.	ℳ	Schulden.	ℳ
Unbebaute Grundstücke	1 095.29	Geschäftsguthaben der Mitglieder	224 971.98
Miethäuser	202 956.32	Reservefonds	6.—
Bankguthaben	121 200.—	Hypothekenschulden	242 575.58
Kassenbestand	12 528.72	Kündbare Anleihen	6 000.—
Beteiligungen	1 300.—	Geschäftsguthaben ausgeschiedener Mitglieder	1 562.51
Laufende Rechnung	24.—	Reparaturen-Unterstützungs-Konto	16 000.—
Forderungen	160 217.40	Sonstige Schulden	83 698.—
		Gewinn	24 507.66
	599 321.73		599 321.73

Mitgliederbewegung.

Mitgliederzahl am 1. Januar 1922	157 (m. 280 Anteilen)
Eingetreten im Jahre 1922	2 („ 2 „)
Weitere Beteiligungen	— („ — „)
	zusammen 159 (m. 282 Anteilen)
Durch Uebertragung schieden im Laufe des Jahres 1922 aus	— („ — „)
Mitgliederzahl Ende 1922	159 (m. 282 Anteilen)
Mit Ablauf des Jahres 1922 schieden aus	1 („ 1 „)
Mithin Mitgliederbestand am 1. Januar 1923	158

Zahl der Geschäftsanteile: 281.

Im Laufe des Jahres 1922 hat sich das Geschäftsguthaben der Mitglieder um M. 173 617.42 vermehrt.

Die Gesamthaftsumme betrug am 1. Januar 1922 M. 56 000, am Schlusse des Jahres 1922 M. 282 000 und am 1. Januar 1923 M. 281 000. Sie hat sich im Laufe des Jahres 1922 um M. 226 000 vermehrt.

Riesa, am 11. Juli 1923.

Der Vorstand des Spar- und Bauvereins Riesa, e. G. m. b. H.
Dr. Scheider. R. Schenke.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Landkrankenkasse zu Gröba.

Laut Reichsverordnung vom 22. Juni 1923 ist vom Kassenvorstand die Erhöhung des Grundlohnes bis M. 53 300.— mit Wirkung vom 1. Juli 1923 an beschlossen worden.

Es werden, wie folgende Tabelle zeigt, an die seither bestehenden 16 Lohnstufen 12 weitere Stufen angesetzt:

Lohnstufe	Arbeitsverdienst pro Woche M.	Arbeitsverdienst pro Monat M.	Grundlohn M.	Wochenbeitrag M.	Anteil des Arbeitnehmers ⅔ M.	Anteil des Arbeitgebers ⅓ M.	Tägl. Krankengeld M.	Sterbegeld M.
17	bis 121800	bis 522000	16200	10206	6804	3402	9720	324000
18	„ 140000	„ 600000	18700	11781	7854	3927	11220	374000
19	„ 159600	„ 684000	21400	13482	8988	4494	12840	428000
20	„ 180600	„ 774000	24300	15309	10206	5103	14580	486000
21	„ 203000	„ 870000	27400	17262	11508	5754	16440	548000
22	„ 226800	„ 972000	30700	19341	12894	6447	18420	614000
23	„ 252000	„ 1080000	34200	21546	14364	7182	20520	684000
24	„ 278600	„ 1194000	37900	23877	15918	7959	22740	758000
25	„ 306600	„ 1314000	41800	26334	17556	8778	25080	836000
26	„ 336000	„ 1440000	45900	28917	19278	9639	27540	918000
27	„ 366800	„ 1572000	50200	31626	21084	10542	30120	1004000
28	über 366800	über 1572000	53300	33579	22386	11193	31980	1066000

Für die landw. Versicherten gilt der jeweilige tarifliche Lohn zwecks Einteilung in die Lohnstufen.

Dagegen werden die dienstberechtigten Arbeitgeber der Hausangestellten ersucht, zwecks richtiger Eingruppierung der Versicherten, sowohl in die seitherigen, wie in die neuen Lohnstufen, die ab 1. Juli gezahlten Löhne schriftl. bei unseren Meldestellen anzugeben, andernfalls erfolgt Eingruppierung durch die Kasse ohne Anspruch auf Rückzahlung.

Die Aenderungen des Grundlohnes wirken auf die Barleistungen vom gleichen Tage ab. Dies gilt auch für Versicherungsfälle, die bereits eingetreten sind.

Gröba (Elbe), den 12. Juli 1923.

Der Kassenvorstand. B. Hars, Vors.

Statt Karten

Otto Barth
Annaliese Barth geb. Ranft
Vermählte
Riesa, 12. Juli 1923

Walter Volkstädt
Dore Volkstädt geb. Hauffe
Vermählte
Bahnhof Riesa, den 12. Juli 1923

„Freundschaftlicher Zwist?“

Nachdem in London wie in Paris die Stimmung einen starken Grad von Gereiztheit angenommen hatte und die Presse-Erörterungen über die Ruhrpolitik auf beiden Seiten des Kanals an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, ist nun plötzlich das eifrige Bestreben zu erkennen, möglichst augenfällig das durch die politischen Gegensätze angeblich nicht berührte gute Einvernehmen zwischen den Staaten der sogenannten Entente zu betonen. „Conflit cordial“ nennt die auf einmal auffällig liebenswürdige Pariser Presse den Zustand, den sie nicht mehr gut „Entente cordiale“ betiteln kann. Die höhere Weisung ist in den jüngsten Pressedußerungen der Pariser Blätter mit Händen zu greifen. Die englische Regierung hat ihrerseits alles getan, was in ihren Kräften stand, um nach anfänglich bedrohlich klingenden Andeutungen kundzutun, daß die Form des guten Einvernehmens trotz der bestehenden Meinungsverschiedenheiten gewahrt werden soll. Ihren stärksten Ausdruck hat diese Absicht in der Besprechung des französischen Botschafters mit Lord Curzon gefunden, in welcher der englische Außenminister den französischen Botschafter über den Inhalt der nun unmittelbar bevorstehenden englischen Regierungserklärung beruhigt hat.

Nach den bisherigen Erfahrungen erscheint es angebracht, sich in Deutschland nicht allzuviel Hoffnungen auf nahe bevorstehende praktische Wirkungen des englischen Schrittes zu machen. An einen offenen Bruch mit Frankreich denkt in England niemand. Für einen solchen Bruch und den daraus entstehenden Machtkampf der beiden Länder scheint die Zeit noch nicht reif. Es ist jedoch keine übertriebene Behauptung, wenn man die englische Politik unter dem Gesichtspunkte der Stimmungsvorbereitung zu einem später wohl kaum zu vermeidenden Zusammenstoße der ehemaligen Verbündeten ansieht. Auch die Einkreisung Deutschlands hat moralisch wie politisch lange Jahre gebraucht, und zeigte in ihren ersten Entwicklungsstufen ungefähr die gleichen Stimmungsverhältnisse, wie sie heute zwischen England und Frankreich bestehen. Die Grundrichtung der englischen Politik trennte sich einst in scharfem Winkel von der Deutschlands, ebenso wie sie heute den von den Pariser Wünschen schroff abweichenden Weg gehen muß. Auch Deutschland gegenüber ist in der Anfangszeit der Entfremdung die Tatsache des Gegensatzes immer wieder mit freundlichen Redensarten bemäntelt worden.

In England weist man mit Recht daraufhin, daß es ja nicht England gewesen ist, das in Sonderaktionen von der allgemeinen Richtlinie abgewichen ist, sondern Frankreich. Nachdem alle Bemühungen vergeblich gewesen sind, den Verbündeten in die Gelüste Englands zurückzuführen, will England nun, unter der Betonung baldiger Fühlungnahme mit Frankreich, seinen eigenen Weg zu gehen suchen. In der bevorstehenden Kabinettsitzung werden die Einzelheiten der englischen Politik grundsätzlich niedergelegt werden, wie sie dem Oberhaus und Unterhaus gleichzeitig unterbreitet werden sollen. Nach einer Darstellung der bisherigen Verhandlungen innerhalb der Entente sollen die wirtschaftspolitischen Gründe angegeben werden, die England veranlassen, den gänzlichen Zusammenbruch Deutschlands als ein Unglück anzusehen. In den Umrissen soll dann die ja grundsätzlich nicht unbekannte englische Betrachtungsweise der Reparationspolitik dargelegt werden. Interessant dürfte der Teil der Regierungserklärung sein, der die bereits eingeleitete Fühlungnahme mit neutralen Mächten erläutert. So schonend auch die Form gewählt werden dürfte, an der Tatsache läßt sich nichts ändern, daß der von England vorgezeichnete Weg von dem Frankreich Poincarés nicht begangen werden kann. Es ist kaum anzunehmen, daß Frankreich unter dem Druck des englischen Vorgehens seine Bataillone und Kanonen aus dem Ruhrgebiete zurückziehen wird. Wenn England aber einmal den ersten Schritt in der neuen Richtung tatsächlich gegangen ist, dann dürfte es der Zustimmung der überwiegenden Weltmeinung sicher sein. Weltstimmung ist an sich solange kein entscheidender Machtfaktor, als nicht die Entschlossenheit zur Machtauseinandersetzung hinter ihr steht. Wird aber erst einmal die öffentliche Meinung der Welt von England gegen Frankreich mobil gemacht, dann hört auch äußerlich der englisch-französische Gegensatz auf, ein „freundschaftlicher Zwist“ zu sein. Dann muß, wenn auch nicht sofort, wirklich der offene Bruch kommen. Es bleibt abzuwarten, ob England, das diese Entwicklung natürlich ebenso sieht, sich stark genug zur Einleitung der verschärften Auseinandersetzung mit Frankreich fühlt.

Am Vorabend der englischen Regierungserklärung.

* London, 12. Juli. Auch hier wird die Spannung immer größer, je mehr sich die Stunden der beiden identischen Regierungserklärungen Curzons und Baldwins im Oberhause bezw. Unterhause nähern. Das Kabinett trat gestern wiederum zusammen, um die letzte Feile an der Regierungserklärung anzulegen. Dabei wird auch der voraussichtliche weitere Verlauf der Aktion dismutiert worden sein. Wie man zuverlässig vernimmt, wird sich die **Regierungserklärung in mäßiger Sprache** bewegen und die Gründe darlegen, die England zu seiner Politik bewogen haben. Die Erklärung wird sich Frankreich gegenüber äußerst höflich halten, aber klar und bestimmt die Notwendigkeit für England festlegen, jetzt eine feste Linie zu beschreiten. Frankreich wird eingeladen werden und es wird gesagt werden, daß alles gut ist, wenn es dazu bereit sein wird. Weiterhin wird Deutschland in der Erklärung der Rat erteilt werden, den passiven Widerstand zu beenden und die Sabotageakte zu unterdrücken, wofür England versprechen würde, es bei der Erreichung tragbarer Bedingungen zu unterstützen. Die englischen Politiker glauben, Frankreich werde angesichts der Gefahr, von seinen europäischen Verbündeten isoliert zu werden, allmählich doch kalte Füße bekommen. Das beweist u. a. der sehr eilige Besuch St. Aulaires beim Außenminister. Der französische Botschafter war geradezu ängstlich bemüht, schon im voraus eine Abschrift der englischen Regierungserklärung zu erhalten; aber er hatte keinen Erfolg damit. Was für Konsequenzen auch immer der Aktion entspringen mögen, so ist man doch fest davon überzeugt, daß die Allianz in verbindlichster Form fortgeführt werden wird. Sollte die englische Regierung sich dazu entschließen, eine selbständige Antwort auf die deutsche Note zu entsenden, so wird sie eine Abschrift davon zunächst an ihre Verbündeten geben, also ganz unähnlich dem Vorgehen Frankreichs, das kürzlich eine Erwiderung auf die deutsche Note absandte, ohne seine Verbündeten vorher überhaupt zu konsultieren und die Ruhr ohne jeglichen Notenwechsel besetzte.

*

Zu der veröffentlichten **Reuternote** schreibt **Petit Parisien**, derartige Versicherungen, so wohlwollend sie auch seien, seien für die, die den Geisteszustand Baldwins kennten, überflüssig. Unglücklicherweise scheine das englische Kabinett, wenn es sich auch bemühe, den Grundsatz der französisch-britischen Entente zu retten, doch an eine unabhängige diplomatische Aktion gegenüber Deutschland zu denken. So verlängere und erschwere sich der Irrtum, über den die öffentliche Meinung in England sich keine Rechenschaft ablege, der aber die Ursache aller Mißverständnisse zwischen den beiden Ländern sei. Dieser Irrtum bestehe darin, nicht nur den augenblicklichen Widerstand Deutschlands im Ruhrgebiet zu ermöglichen, sondern in allgemeiner Folge auch den deutschen Widerstand gegen die Reparationen. Man beklage so gern in gewissen englischen Kreisen, daß Frankreich durch die Ruhrbesetzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands Abbruch getan habe. Man sehe nicht, warum diese Zahlungsfähigkeit nicht viel sicherer durch die schwankende Haltung der englischen Politik geschädigt werde (!). Das Blatt unterstreicht den moralischen Faktor in dem Zahlungswillen, den England am Aufkommen behindere. Die unfreiwillige, von England den betrügerischen Manövern Deutschlands (!) gewährte Unterstützung werde noch viel fühlbarer werden, wenn die englische Regierung durch getrenntes Verhandeln sich bemühen würde, zu irgend einem möglichen Abkommen über die Reparationsfrage ohne die Zustimmung Frankreichs und Belgiens zu gelangen. Wenn Baldwin und Curzon sich damit begnügten, von Frankreich und Belgien in aller wünschenswerten Bestimmtheit ein Reparations- und Sicherheitsprogramm zu verlangen, könnte niemand etwas dagegen einwenden. Aber wenn sie, bevor sie Kenntnis von diesem Programm erhielten, sich in eine Verhandlung mit Deutschland einließen, die schon von vornherein zum Mißerfolg verurteilt sei, so würden sie nur beweisen, daß die Ungeduld ein schlechter Ratgeber sei. Nicht dadurch, daß Frankreich und Belgien schikaniert würden, würde England aus seiner eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Verlegenheit herauskommen, sondern nur, wenn man Berlin begreiflich mache, daß der schlechte Wille Deutschlands (!) auf keinen Fall auf sein diplomatisches Wohlwollen zählen könne.

*

Das Ergebnis von Besprechungen im besetzten Gebiet.

)(London, 12. Juli. Der Kölner Berichterstatter der „Times“ übermittelt in einem Telegramm das **Ergebnis von Besprechungen**, die er mit örtlichen hervorragenden politischen und industriellen Persönlichkeiten aus dem **rheinisch-westfälischen Industriegebiet** gehabt habe. Es sei betont worden, keine Regierung könne den passiven Widerstand bedingungslos aufgeben, da sie sowohl von der Rechten als von den Gewerkschaften des Verrats bezichtigt werden würde. Hierdurch könne auch leicht ein Bürgerkrieg zum Ausbruch kommen. Die **Regelung der Frage des Ruhrgebietes** könnte nach der Ansicht des Berichterstatters in drei Stadien vollzogen werden: 1. Stadium: Die deutsche Regierung nimmt alle Weisungen betr. des passiven Widerstandes zurück, gleichzeitig lassen die Franzosen die politischen Gefangenen frei, gestatten die Rückkehr der Ausgewiesenen, geben die Eisenbahnen frei und heben die Verkehrsbeschränkungen auf. 2. Stadium: Deutschland muß sich verpflichten, binnen drei bis vier Wochen die nötige Aenderung der Gesetzgebung zustande zu bringen, um den in seiner Note angebotenen Garantien Gesetzeskraft zu verleihen und gleichzeitig die Vorbereitung zur vollen Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen zu treffen. Frankreich nimmt gleichzeitig die militärischen Streitkräfte aus dem Ruhrgebiet zurück, unter Zurücklassung einer unsichtbaren Besatzung an wichtigen Punkten. 3. Stadium: Deutschland nimmt die Kohlen- und Kokslieferungen wieder auf und deponiert gleichzeitig die im letzten Memorandum erwähnten Eisenbahnbons. Gleichzeitig werden die letzten französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen und im Rheingebiet wird der status quo ante wiederhergestellt. Der Berichterstatter schließt, überall sei betont worden, **es sei unmöglich, die Bevölkerung durch bedingungslose Kapitulation in einen Zustand der Verzweiflung zu stürzen.**

Frankreich hat es nicht eilig.

Poincaré hat den französischen Pressevertretern vorgestern abend erklärt, daß eine **Regelung der Reparationsfrage** nur erfolgen könne, falls das **englische Kabinett** am Donnerstag eine **für Frankreich annehmbare Lösung** vorschlagen sollte, andernfalls müßte eine neue Grundlage für die Regelung gesucht werden. Frankreich hat es nicht eilig. Es könne warten, solange es im Besitze des Ruhrpfandes sei. England wisse genau, daß es Frankreich brauche.

Der italienische Standpunkt.

Eine offiziöse italienische Erklärung gibt den Standpunkt Italiens in der Reparationsfrage wie folgt wieder: Die italienischen Botschafter in Paris und London machen ihren Einfluß geltend, um die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, für das italienische Memorandum zu gewinnen. **Italien unterstütze weder die englische noch die französische Politik.** Es verfolgt im Gegenteil seine eigene Politik, die darin besteht, die Frage der Reparationen und die des Schuldenausgleiches miteinander in Verbindung zu bringen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß England sich dieser Frage anschließen wird. Italien versucht, dem französischen Standpunkt möglichst gerecht zu werden. Es bezeichnet es als unbedingte Notwendigkeit, daß die Siegerstaaten, besonders Frankreich, die festgesetzten Reparationen von den Besiegten erhalten müssen. Besonders ist Frankreich, sowohl aus moralischen wie aus materiellen Gründen gezwungen, von Deutschland die Finanzregelung zu erhalten. Italien versucht anscheinend, nach dieser Ansicht, bei den bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen, bei einer eventuellen Einigung nicht zu kurz zu kommen, um zusammen mit Frankreich auf England einen gewissen Druck wegen der interalliierten Schulden auszuüben.

Siegreicher Frieden.

Der Bundesgenosse der Mittelmächte, den man stets für den schwächsten gehalten hat und der schon jahrelang vor dem Weltkriege als „der kranke Mann am Bosporus“ bezeichnet worden ist, hat nun mit den Ententegroßmächten, denn um diese, nicht um den Vasallenstaat Griechenland, handelt es sich, einen Frieden geschlossen, der in jeder Beziehung einen Sieg der zu neuem Leben erwachten Türkei bedeutet. Der Mann, aus dessen Herz und Hirn letzten Endes der Wille zu diesem Befreiungskampf entsprungen ist, und der mit tapferem Kriegergeist eine in alter orientalischer Schule ererbte Fähigkeit zum diplomatischen Kampfspiel zu verbinden gewußt hat, wird für alle Zeiten nicht nur in der Geschichte der Türkei, sondern auch in der Reihe der weltgeschichtlich hochragenden Männer mit Bewunderung genannt werden.

Der Verlauf des türkischen Befreiungskampfes ist an politischen und kriegerischen Ueberraschungen so reich wie kaum ein anderer. Als Kemal Pascha, den Ereignissen des Zusammenbruchs und dem Friedensdiktat der Feinde trotzend, sich mit einer anfangs nur kleinen Schar von Getreuen ins Hochland von Angora zurückgezogen hatte, da wurde er nicht nur von den Ententemächten in Acht und Bann erklärt, sondern auch von einem Scheinsultan von Englands Gnaden, der in Konstantinopel ein kümmerliches Dasein fristete, als Rebell bezeichnet. Dem Schicksal trotzend begann der türkische Feldherr und Staatsmann nun sein Befreiungswerk. Ein Bündnis mit Sowjetrußland brachte ihm Vorteile eines Rückhaltes nach Osten sowie Waffen- und Materialunterstützung mancher Art. Aus den treuen Anatoliern, der Kerntruppe des türkischen Heeres, bildete er sein Heer. Auch wirtschaftlich bereitete er den Befreiungskampf auf jede nur denkbare Weise vor. Er schuf neue Straßenanlagen und Bahnstrecken, er organisierte die Heeresversorgung, ohne dabei das Hinterland völlig auszusaugen. Diplomatisch stellte er sich von vornherein auf den Gegensatz der im Orient um die Macht streitenden großen Staaten England und Frankreich ein. Er benutzte Frankreichs Hilfe geradeso wie die Rußlands, ohne sich einen Augenblick darüber im Unklaren zu sein, daß Frankreich durchaus nicht ein getreuer Freund und selbstloser Beschützer der Türken war. England schickte gegen den unbequemen Rebellenführer seinen griechischen Vasallen vor, dessen Großmachtsgelüste es durch die Vorspiegelung einer Fata morgana Groß-Byzanz aufpeitschte. Nach langen wechselvollen Kämpfen gelang der Türkei die völlige militärische Niederwerfung des griechischen Gegners. Die türkische Armee stand an den Toren der türkischen Hauptstadt, nur durch den Wasserlauf von ihr getrennt, dessen Besitz eins der hauptsächlichsten Kriegsziele Großbritanniens gewesen ist. Die militärische Bezwingung Konstantinopels und Thraziens wäre durchaus möglich gewesen, da sprang der französische Sekundant dazwischen. Ein völliger Sieg der Türkei lag nicht in seinen Absichten. Den Bemühungen Franklin Bouillons gelang es, unter Versprechungen, die später nicht eingehalten wurden, die Türkei zum Waffenstillstand zu bringen. Griechenland war inzwischen als Kämpfer völlig ausgeschieden. Die ersten Verhandlungen in Lausanne erbrachten den Beweis, daß Frankreich im Interesse seiner eigenen europäischen und asiatischen Wünsche doppeltes Spiel trieb. Langsam aber zielbewußt begann die Türkei sich England zu nähern und schloß mit diesem Lande zunächst wirtschaftliche Sonderabkommen. Frankreichs Enttäuschung über diese Wendung, die durch kluges Nachgeben Englands in einer Linie des Erreichbaren herbeigeführt wurde, wandelte sich bald in starke Gegnerschaft zur Türkei und ihren Wünschen. Diese Gegnerschaft versteifte sich am Schlusse der Verhandlungen in der Forderung der Goldverzinsung der türkischen Schuld. Die Türkei erreichte in Anlehnung an England und Griechenland eine Ausschaltung der Schuldenzahlungsfrage aus dem Vertrage, die sofortige Räumung Konstantinopels von alliierten Truppen sowie die Zurückerstattung der ausgelieferten Waffen und Kriegsschiffe. Die nationale Selbstbehauptung der Türkei, das Kriegsziel dieses Landes, ist also in vollem Umfange durchgesetzt worden.

Zum türkischen Frieden.

)(Lausanne, 11. Juli. Die Komiteesitzungen der Konferenz, in denen die von den Sachverständigen ausgearbeiteten Verträge endgültig diskutiert werden sollen, konnten heute nicht stattfinden und werden auch noch nicht auf morgen einberufen werden, da verschiedene Einzelfragen noch nicht völlig geklärt sind. Das gilt vor allem von der Konzessionsfrage und der Frage der Räumung Konstantinopels und Gallipolis durch die alliierten Truppen nach Ratifizierung des Vertrages durch die große Nationalversammlung von Angora. Die Türken wünschen, daß die Bestimmungen nicht nur für die Landtruppen, sondern auch für die alliierten Kriegsschiffe gelten sollen, die sich in den Dardanellen befinden. Die Alliierten sind unter Hinweis darauf, daß das Meerengenabkommen, das diese Frage regelt, erst nach Ratifizierung durch die drei einladenden Mächte in Kraft tritt, der Ansicht, daß bis dahin zwei Schiffe in den Dardanellen belassen werden. Diese und andere Fragen werden heute zwischen den alliierten Bevollmächtigten und Ismet Pascha erörtert. Die Beratung soll morgen fortgesetzt werden. Es wird betont, daß die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten nur die Unterzeichnung des Vertrages um einige Tage verzögern, aber die am Sonntag erzielte Einigung nicht in Frage stellen werden.

Ostpreußen deutsch, deutsch — jetzt und immerdar!

Auf der Feier des dritten Jahrestages der ostpreußischen Abstimmung, die der Bund heimattreuer Ostpreußen am Mittwoch abend im Landtagsgebäude in Berlin veranstaltete, hielt der preußische Ministerpräsident **Braun** die Eröffnungsansprache, in der er u. a. ausführte: Wenn wir heute den dritten Jahrestag der ostpreußischen Abstimmung mit einer Stunde des Gedenkens feiern, so kommen wir zunächst einmal zusammen, um zu danken, erneut zu danken den Hunderttausenden von Männern und Frauen Ostpreußens, daß sie das durch fremde Eroberungsgier bedrohte Stück unserer schönen Heimatprovinz gegenüber den feindlichen Armeen behauptet haben, erneut mit dem Stimmzettel verteidigt haben. Aber noch ein anderes Ziel läßt uns heute diese Feier willkommen erscheinen. Ich glaube, daß kaum in einem anderen Teile Deutschlands die Tragödie der Rhein- und Ruhrdeutschen so mitgefühlt werden kann, wie in Ostpreußen. Das kann doch letzten Endes nur der, der selbst den Feind im Lande gesehen hat, der selbst im ohnmächtigen Zorne davonwandern und seine vom Großvater und Urgroßvater schon bebaute Erde, das Haus seiner Jugenderinnerungen und die Gräber seiner Lieben unter feindlichem Terror verlassen mußte. Wir brauchen in diesen unendlich schweren Tagen nicht nur nationale Begeisterung und selbstlose opferfreudige Hingabe an das Volksganze, sondern vor allem auch Nerven und feste Zuversicht. Halten wir uns an das Beispiel Ostpreußens, das ist die Lehre, die wir heute alle brauchen. Die seelische Pflicht, die wir uns aus dieser Feierstunde mitnehmen, soll nicht laner und nicht schwächer werden im Unglück, sondern **stärker und zuversichtlicher.**

Die belgischen Katholiken gegen den Ruhrkampf.

Nach einer Rede des **Senators Lebon** aus Antwerpen, der die **Besetzung der Ruhr bekämpfte**, ergriff am Dienstag in der Senatssitzung **Jaspar** das Wort, um die Umtriebe der katholischen Kreise gegen die Ruhrpolitik zu brandmarken. Er sowohl, nach ihm **Theunis**, betonten, daß sich die belgische Regierung der Schwierigkeiten wohl bewußt gewesen sei, die mit der Besetzung der neuen deutschen Gebiete kommen mußten. Jaspar sagte, er habe den passiven Widerstand Deutschlands vorausgesehen. Man dürfe jetzt nicht die Uneinigkeit vor dem Feinde propagieren. An dem Tage, an dem die Regierung ihre Aufgabe beendet habe, werde sie Rechenschaft ablegen. Es sei heute Pflicht, an der Seite der Verbündeten auszuharren, bis der Sieg errungen sei. Theunis erklärte ergänzend, die Regierung sei entschlossen, ihre kostbare Freundschaft fortzusetzen und mit Entschlossenheit **ohne Mäßigung die Ruhrpolitik fortzusetzen.**

SLUB
Wir führen Wissen.

Kundgebung des Reichsfinanzministers an die Reichsfinanzbeamten.

Reichsfinanzminister Hermes hat unter dem 7. Juli an die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung folgende Kundgebung erlassen:

Am 10. Juli 1923 sind es sechs Monate, daß der schwere Kampf um den Bestand des Vaterlandes und um die deutsche Ehre am Rhein und Ruhr begonnen hat. Wie in den ersten Tagen, so stehen auch heute noch die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung in Treue zum Vaterlande. Noch Anfang Juli sind weiter über hundert Angehörige der Reichsfinanzverwaltung mit ihren Familien ausgewiesen worden. Alle Leiden haben nicht vermocht, den Widerstand zu beugen. Nur wenige haben ihr Vaterland verraten und sind um persönlicher Vorteile willen in den Dienst des Feindes getreten. Ihre Namen seien für alle Zeiten festgestellt, es sind: Oberzollamtmann Richter, Hauptzollamt Landau; Oberzollsekretär Pohl, Hauptzollamt Kaldenkirchen; Zollsekretär Schlapp, Hauptzollamt Zweibrücken; Zollassistent Wolf aus Walhausen, Hauptzollamt Kreuznach; Zollbetriebsassistent Ludwig Böhm, Hauptzollamt Kaiserslautern; Zollgrenzangestellter Möbus aus Walhausen, Hauptzollamt Kreuznach. Allen anderen aber, die durch Gewaltmaßnahmen aus der Heimat vertrieben wurden, denen, die an Rhein und Ruhr in zäher Abwehr treu aushalten, spreche ich erneut den aufrichtigsten Dank des Vaterlandes aus. Auch die vierte Ehrenliste ist ein Zeichen dieses Dankes, eine Ehrung der Pflichttreue zum Vorbild für alle Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung.

Lebensmittelunruhen in Potsdam.

Auch in Potsdam ist es gestern vormittag zu Lebensmittelunruhen gekommen. Auf dem Wochenmarkt bildeten sich große Ansammlungen, die von verschiedenen Händlern Verkauf zum Einkaufspreis forderten. Ueberall griff die Schutzpolizei ein und konnte die Ansammlungen zerstreuen. Die Marktstandinhaber verließen angesichts der erregten Menge schon bald nach 10 Uhr vormittags den Markt. Sie konnten auch ungehindert abziehen. Später zogen größere und kleinere Trupps vor einzelne Lebensmittelgeschäfte, um dort die Abgabe einer gewissen Menge Lebensmittel zu ermäßigten Preisen zu erzwingen, diesem Verlangen wurde zum Teil auch nach Verhandlungen mit den Demonstranten entsprochen. So war dies z. B. bei der Lebensmittelhandlung von Schwetasch in der Scharrnstraße der Fall. Eine Abordnung war zum Rathaus gezogen, um ein Eingreifen der städtischen Behörden zu erwirken. Oberbürgermeister Boßberg begab sich daraufhin mit dem Vorsteher der städtischen Preisprüfungsstelle und den Dezernenten des Potsdamer Wohlfahrtsamtes auf den Wochenmarkt und hielt eine Ansprache, die auch beruhigend wirkte. Nach übereinstimmenden Meldungen aus Potsdam ist es jedenfalls bis in die Mittagsstunden zu ernstlichen Ausschreitungen oder irgendwelchen Plünderungen nicht gekommen. — Der Nachmittag ist in Potsdam ruhig verlaufen. Oberbürgermeister Boßberg hielt an der Nikolaikirche ein Ansprache an die Menge, in der er erklärte, daß ihm das Reichsarbeitsministerium die Auszahlung der neuen Erwerbslosensätze gestattet habe. Eine große Potsdamer Lebensmittelfirma ließ im Laufe des Nachmittags an die Erwerbslosen unentgeltlich Mehl verteilen.

Zum Ueberfall auf den deutschen Geschäftsträger in Brüssel.

Wie Havas aus Brüssel mitteilt, ist nach der „Dernière Heure" die Persönlichkeit der beiden Angreifer des deutschen Geschäftsträgers Dr. Roediger nunmehr festgestellt worden. Es handelt sich um einen **Belgier** namens Meedenant und einen **Amerikaner** (?) mit Namen John Perren. Minister des Aeußern **Jaspar** habe dem **deutschen Geschäftsträger** erklärt, daß die Urheber des Angriffes verfolgt und nach dem Gesetz verurteilt werden würden. Auch habe er ihm das **Bedauern der belgischen Regierung zum Ausdruck gebracht.** Polizeiliche Verstärkung sei zum Schutze des Gesandtschaftsgebäudes und der Privatwohnung aufgeboten worden. Der deutsche Geschäftsträger habe übrigens ausdrücklich erklärt, daß der Vorwand, die Manifestanten seien verhöhnt worden, hinfällig sei, da das Gesandtschaftsgebäude am Sonntag leer gestanden habe und die Rolladen geschlossen gewesen seien.

Günstige Entwickelung der Wirtschaftslage in Ungarn.

)(Budapest, 12. Juli. In der Nationalversammlung erklärte Handelsminister Walko: In den ersten fünf Monaten 1923 beträgt die Passivität der Handelsbilanz bei einer Einfuhr im Betrage von 210 Millionen Goldkronen 80 Millionen Goldkronen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt eine vierzig- bis fünfzigprozentige, die eingeführten Textilwaren aber eine hundertprozentige, Kohle eine achtzigprozentige Verteuerung gegen den Friedenspreisen aufwiesen. Infolge der günstigen Ernte und der bedeutenden Entwicklung der heimischen Industrie ist in der zweiten Jahreshälfte eine günstigere Gestaltung der Handelsbilanz zu erwarten. Die Leistungsfähigkeit der Textilindustrie hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt. Sie verfiebenfachte sich sogar in der Schafwolle verarbeitenden Industrie. Die Kohlenförderung betrug im ersten Halbjahr 4 Millionen Tonnen, die größte Leistung, die auf dem heutigen Gebiete Ungarns je erreicht wurde. Infolge der günstigeren Gestaltung der Ein- und Ausfuhr ist auch eine Besserung der Devisenlage zu erwarten, wozu auch eine Reihe von Maßnahmen des Finanzministers beitragen wird. Ungarn befindet sich zwar nicht in einer günstigen wirtschaftlichen Lage. Eine weitere Verschlechterung läßt sich jedoch verhindern. Das gegenüber den Staaten Mitteleuropas allgemein bestehende Mißtrauen ist wegen der Reparationsfrage Ungarn gegenüber in noch größerem Maße vorhanden. Da in der Reparationsfrage anstelle von Objektivität politische Gesichtspunkte maßgebend sind, so ist eine Milderung dieses Mißtrauens nicht zu erwarten. Aus innerpolitischen Gründen ist das Mißtrauen vollkommen ungerechtfertigt. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete trachtet Ungarn danach, günstigere Verhältnisse zu schaffen.

Ben Tillett über den Krieg nach dem Kriege.

* London. Ben Tillet, der bekannte Arbeiterführer und Mitglied des Unterhauses gab in einer Aussprache im Transportarbeiterverband der öffentlichen englischen Meinung Ausdruck. Er forderte die englischen Arbeiter auf, den Ministerpräsidenten in der gegenwärtigen Krisis zu unterstützen, der zwar einer der schärfsten Männer sei, die je die Präsidentenschaft hätten erreichen können, er aber in seiner Absicht, der Diplomatie zu widerstehen, die Regierungen in neue Kriege schleppe, wie sie schon von jeher die Regierung in alle bekannten Kriege geschleppt habe, von den Arbeitern unterstützt werden müsse. Wir befinden uns tatsächlich in einem **neuen Kriege**, von dem wir nur errettet werden könnten, wenn man **Deutschland** rette und Frankreich rette. Ben Tillett sagte, er sei davon überzeugt, daß nur ein Krieg oder die Drohung mit einem solchen Frankreich aus Deutschland entfernen könne. Die Arbeiter müßten ihrer Verantwortung eingedenk sein und in nicht mißzuverstehender Weise erklären, daß es keinen Krieg mehr geben dürfe. Sie müßten alle ihren Einfluß auf die deutschen und französischen Arbeiter aufbieten, um diese zu einer gemeinschaftlichen Front gegen die Kriegstreiberei zu bestimmen.

Die „friedliche" Ingenieurmission im Ruhrgebiet.

8 Monate Ruhreinbruch!
Militärischer Aufwand.

Stärke der Armee im Ruhrgebiet 87000 Mann (80000 Franzosen, 7000 Belgier), Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Tanks, Flieger, Pionierabteilungen usw., dazu im altbesetzten Gebiet 97000 Franzosen, 17000 Belgier, im Brückenkopf Kehl 1000 Franzosen, ferner 10000 französische und 100 belgische Eisenbahner.

Der Terror gegen die wehrlose Bevölkerung.
Bis Anfang Juli:

Getötet: 92 Personen!
Verurteilt zum Tode: 9 Personen.
Gesamthöhe der Freiheitsstrafen: rund 1000 Jahre. Im einzelnen 967 Jahre, 7 Monate, 28 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit, zwei Personen zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit.
Gesamthöhe der Geldstrafen: 1,64 Billionen Mark und 108 069 Frcs.

Von Haus und Hof vertrieben:

75 714 Personen,
davon ausgewiesen: 71 145 Personen.

Im einzelnen entfallen an Gefängnis- und Geldstrafen, Vertreibungen und Ausweisungen auf:

Beamte:

Reichsverkehrsministerium: 254 Jahre, 8 Monate, — Tage, 177 818 000 Mark, 250 Frcs., 8885 Haushaltvorstände mit 27 451 Familienangehörigen vertrieben, 8850 Haushaltvorstände mit 22 955 Familienangehörigen ausgewiesen.

Reichspostministerium: 75 Jahre, 3 Monate, 23 Tage, 140 581 000 Mark, 2150 Frcs., 373 Haushaltvorstände mit 552 Familienangehörigen vertrieben, 351 Haushaltvorstände mit 552 Familienangehörigen ausgewiesen.

Reichsfinanzministerium: 76 Jahre, 7 Monate, 7 Tage, 215 990 000 Mark, 100 Frcs., 1831 Haushaltvorstände mit 5493 Familienangehörigen vertrieben, 1827 Haushaltvorstände mit 5481 Familienangehörigen ausgewiesen.

Preußische Verwaltung: 248 Jahre, 8 Monate, 27 Tage, 1 106 875 000 Mark, — Frcs., 7266 Haushaltvorstände mit 10 878 Familienangehörigen ausgewiesen.

Bayerische Verwaltung: 25 Jahre, — Monate, — Tage, 25 000 000 Mark, — Frcs., 137 Haushaltvorstände mit 315 Familienangehörigen ausgewiesen.

Badische Verwaltung: 5 Jahre, 6 Monate, — Tage, 37 000 000 Mark, — Frcs., 46 Haushaltvorstände mit 129 Familienangehörigen ausgewiesen.

Hessische Verwaltung: 5 Jahre, 3 Monate, — Tage, 55 805 000 Mark, 500 Frcs., 111 Haushaltvorstände mit 203 Familienangehörigen ausgewiesen.

Oldenburgische Verwaltung: — Jahre, 2 Monate, 21 Tage, — Mark, — Frcs., 11 Haushaltvorstände mit 33 Familienangehörigen ausgewiesen.

Zivilpersonen:

276 Jahre, 4 Monate, 3 Tage, 1640998576000 M., 105069 Francs, 4000 Haushaltungsvorstände mit 8000 Familienangehörigen.

Die Angaben über die Zivilpersonen und einen Teil der Angehörigen der Beamten beruhen auf vorsichtigen Schätzungen. Bei den Verurteilungen der Zivilpersonen konnten nur die in der Presse wegen ihrer Wichtigkeit und Schwere veröffentlichten Fälle berücksichtigt werden.

Der Krieg gegen die Kinder!

Im preußischen Einbruchs- und Sanktionsgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Schulklassen für 50000 Schüler bzw. Schülerinnen beschlagnahmt.

Der Erfolg.

Die „Kohlenausbeute". In der Zeit vom 11. Januar bis 30. Juni sind für Frankreich und Belgien insgesamt

478700 Tonnen Kohle
515200 „ Koks
993900 Tonnen

abgefahren worden.

In dem durch die Feiertage ungünstigen Monat Dezember 1922 betrug die deutsche Lieferung aus dem Ruhrgebiet

677425 Tonnen Kohle
531310 „ Koks
1208735 Tonnen

Im Januar 1923 bis zum Ruhreinbruch wurden von Deutschland geliefert

214373 Tonnen Kohle
195647 „ Koks
410020 Tonnen

d. i. die knappe Hälfte der in fast 6 Monaten von den Franzosen und Belgiern abgefahrenen Mengen Kohlen und Koks.

Die feindliche Armee im Ruhrgebiet.

Nach Angabe von unterrichteter Seite liegt im Ruhrgebiet eine Armee von 87000 Mann aller Gattungen, davon 80000 Franzosen und 7000 Belgier. Im altbesetzten Gebiet stehen außerdem 97000 Franzosen und 17000 Belgier. Ferner sind ins Ruhrgebiet 10000 französische und 1000 belgische Eisenbahner entsandt worden.

*

Die Ruhr kein produktives Pfand mehr.

Der „Temps" meldet, daß die belgische Regierung das Ruhrgebiet nicht mehr als produktives Pfand betrachte. Man sei aber immer noch davon überzeugt, daß aus dem **Ruhrgebiet möglichst viel herausgeholt** werden müsse. (!) Die Zwangsmaßnahmen sollen dazu führen, **Deutschland zur Kapitulation** zu bringen. (!) Sobald dieses geschehen sei, würde Belgien eine Annäherung an England suchen, aber nur dann, wenn sich Frankreich und England über die Höhe der Forderungen an Deutschland geeinigt hätten.

*

Wie ein Engländer über die Ruhrbesetzung urteilt.

)(London, 11. Juli. Das Parlamentsmitglied Ben Tillett sagte in einer Rede auf einer Konferenz der Transportarbeitervereinigung, er habe von seiner Reise in das Ruhrgebiet die Ueberzeugung mitgebracht, daß, wenn die Franzosen Deutschland nicht binnen vier Wochen verlassen, es besser für die Welt wäre, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte. (Hört! hört!) Dies sei die Ueberzeugung, zu der er und seine Kollegen gekommen seien — eigentlich wider Willen —, denn er sei französisch gesinnt. Wenn aber die Franzosen das Ruhrgebiet nicht räumten, werde ein Krieg unvermeidlich sein. Bei ihrem Besuche hätten er und seine Kollegen **nicht einen einzigen Offizier oder eine einzige Person** in maßgebender Stellung gefunden, die **nicht die Besetzung verurteilt** und den Wunsch ausgesprochen hätte, nichts mehr damit zu tun zu haben.

Benesch in London.

Der tschechoslowakische Minister des Auswärtigen, Dr. Benesch, ist Dienstag abend in London eingetroffen. Er weilt in London hauptsächlich zu dem Zwecke, die Besprechungen über die Auflegung einer tschechoslowakischen Nationalanleihe zu vervollständigen. Zweifellos hat er aber auch die Absicht, die Rolle des Friedensstifters zwischen England und Frankreich zu spielen. Man glaubt hier aber, daß er zu spät kommt, um noch etwas Gutes tun zu können.

Die Danziger Frage in der polnischen Presse.

Die Presse der Rechten stellt die Genfer Entscheidung in der Danziger Frage als einen **Sieg des polnischen Standpunktes** dar. „Gazeta Warszawska" sagt: Die Genfer Entscheidung ermöglicht eine Revision der polnisch-danziger Beziehungen. „Gazeta Poranna" erklärt: Der Versailler Vertrag als Grundlage unserer Beziehungen zu Danzig ist wiederhergestellt. „Rzeczpospolita" meint, Polen werde noch viel Mühe mit Danzig haben, aber gegenwärtig sei ein günstiger Wendepunkt eingetreten. — Die Presse der Linken ist entgegengesetzter Ansicht. So nennt „Kurier Polski" die Genfer Entscheidung eine **polnische Niederlage** auf der ganzen Linie.

Neue französische Hetzrede.

)(Paris, 11. Juli. Auf einer Reise durch die Provinz sprach Millerand heute in Ballas-les-Bains. Er sagte: Mit einer Zähigkeit, die unserer Mäßigung gleichkommt, widmen wir uns der Erlangung der Reparationen, die wir erhalten werden und die uns doppelt gebühren, weil wir die Sieger sind und weil wir die Opfer waren. Mit Elan und gesundem Menschenverstand, der sein Ferment und seine Stärke ist, hat das französische Volk sich unverzüglich an das Wiederaufbauwerk gemacht. Man weiß, daß es darin schon weit fortgeschritten ist und daß es heute bereits 100 Milliarden für den besiegten Angreifer vorgeschossen hat, der sich seinen Verpflichtungen hartnäckig entzieht. (!) Von einem zum anderen Ende hat die Friedensarbeit wieder begonnen. Niemals in seiner Geschichte hat das in seinem Besitz so schwer getroffene französische Land sich ruhiger, entschlossener und zukunftssicherer erwiesen. (!)

Das deutsch-russische Getreideabkommen.

)(Berlin, 12. Juli. Wie verlautet, ist jetzt das deutsch-russische Getreideabkommen unterzeichnet worden. Es enthält die Vereinbarung, daß **Rußland sofort mit den Getreidelieferungen für Deutschland beginnt.** Die russische Regierung wird hierfür die Bestände der alten Ernte in Anspruch nehmen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der bayerische Antrag über den Volksentscheid. Obwohl der bayerische Landtag erst im Monat August in die Sommerferien geht, wird kaum vor dem Herbst eine Besprechung über den bayerischen Antrag, betreffend den Volksentscheid stattfinden. Es handelt sich in diesem Falle um die Einsetzung eines bayerischen Staatspräsidenten.

Polnischer Terror. In Laurahütte ist eine Veranstaltung des Deutschen Katholischen Jungmännervereins von polnischen Stoßtruppen gestört worden. Die Polizei hatte die Ruhe wiederhergestellt. Nachdem der Ueberfall auf den Verein mißglückt war, sprengte eine polnische Bande die am gleichen Ort tagende Sitzung des Afabundes und mißhandelte die Teilnehmer.

Puttkamer erneut verhaftet. Franz v. Puttkamer, der unter dem Verdacht, den Studenten Baur ermordet zu haben, verhaftet und wieder freigelassen worden war, ist am Sonntag neuerdings wegen unnatürlicher Unzucht verhaftet und dem Gericht überwiesen worden.

Polen.

Ministerwechsel im Finanzministerium. Wie dem Oberschlesischen Kurier aus Warschau gemeldet wird, hat Finanzminister Linde infolge der ungünstigen Aufnahme des Finanzprogramms im Finanzausschuß um seine Entlassung vom Amt nachgesucht. Als sein Nachfolger wird der Professor an der Universität Krakau Dr. Artur Benes genannt, der Polen bei den finanziellen Verhandlungen in Paris vertreten hat.

Republik Oesterreich.

Handschriftendiebstahl. Aus Wien wird gemeldet: Vom 3.—13. Juni wurden in Wien aus einer Bibliothek zwei wertvolle alte Handschriften entwendet, das eine ein Marienbrevier aus dem 15. Jahrhundert, das zweite eine Bibel mit auffallend kleiner Schrift auf Pergament. Für die Wiedererlangung der Bücher ist eine entsprechende Belohnung ausgesetzt.

Türkei.

Vor der Einberufung der Nationalversammlung. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel wird in offiziellen türkischen Kreisen die Einberufung der Nationalversammlung für den 2. 8. und die Ratifizierung des Friedensvertrages vor dem 15. 8. erwartet. In der Stadt würden große Vorbereitungen zur Feier der Unterzeichnung des Friedens getroffen. Die Presse begrüßt in ihrer großen Mehrheit die demnächstige Unterzeichnung des Friedensvertrages, der für die Türkei eine Aera der Freiheit eröffnen würde. — Nach einer weiteren Meldung derselben Agentur ist der ökumenische Patriarch vorgestern mit einem ägyptischen Dampfer nach dem Berge Athos abgereist. In gewissen Kreisen werde erklärt, der Patriarch verlasse Konstantinopel aus Gesundheitsgründen, von anderer Seite behaupte man, er habe demissioniert.

Italien.

Mussolini für eine Sachverständigen-Konferenz. „Daily News" melden, daß Italien den englischen Vorschlag, Vertreter in eine internationale Sachverständigenkommission zu entsenden, annehmen werde. Ein solcher Vorschlag entspreche auch den Ansichten Mussolinis.

Spanien.

Die allgemeine Lage ernst. Das „Journal" meldet aus Madrid, die soziale Lage in Spanien habe einen außerordentlich ernsten Charakter angenommen. Der Gewerkschaftsverband, dem sämtliche Gewerkschaften von Barcelona, Sevilla, Valencia, Saragossa und Madrid angeschlossen sind, habe beschlossen, unverzüglich den Generalstreik erklären zu lassen. Die Regierung sei sehr besorgt wegen der zunehmenden Verschlimmerung der Lage in Barcelona.

England.

Der Orientfriede. Im Unterhause erklärte Mac Neill auf verschiedene Fragen über das Lausanner Ergebnis, die Situation sei die, daß in den seit vorigem Sonnabend abgehaltenen halboffiziellen Besprechungen eine prinzipielle Einigung zwischen den einladenden Mächten und der Türkei erreicht worden sei. Die Sachverständigen wären nunmehr damit beschäftigt, den endgültigen Entwurf für den Friedensvertrag fertigzustellen und ehe nicht dieser Entwurf von der Vollkonferenz angenommen würde, alle noch ausstehenden Fragen erledigt und alle Besprechungen mit den Balkanstaaten beendet seien, sei er nicht in der Lage, positive Angaben über das Datum der Vertragsunterzeichnung und über die Räumung Konstantinopels zu machen

SLUB
Wir führen Wissen.